

erschient täglich außer Montags.  
Preis pränumerando: Viertel-  
jährlich 2,50 Mark, monatlich  
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei  
in's Haus. Einzelne Nummer  
5 Pf. Sonntags-Nummer mit  
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue  
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:  
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-  
band: Deutschland u. Oesterreich-  
Ungarn 2 Mk., für das übrige  
Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Einget.  
in der Post-Verwaltung. Preisliste  
für 1896 unter Nr. 7128.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Des Umsturzgesetzes dritter Umsturz.

Berlin, den 8. Mai.

Heute giebt es wenigstens keine Möglichkeit, den Beginn der Schlacht noch hinaus zu schieben. Merkwürdig: die einzige Partei, die eine rasche Entscheidung erstrebt, den Kampf rasch zu beendigen wünscht, ist die Partei, welche durch das Umsturzgesetz erdroffelt werden soll. Und da es keinen Menschen und keine Partei giebt, die am Sterben Vergnügen haben, so erhellt aus der vergnügten Stimmung der Sozialdemokraten, daß sie nicht aus Sterben denken, höchstens an das andere Ufer, die gar betrübt anschauen.

Niemals sah man betrübtere Gesichter als jetzt auch auf den Plätzen der Nationalliberalen. Eingekleidet zwischen dem Zentrum einer- und den Fortschrittler und Sozialdemokraten andererseits, haben sie die Sicherheit, von beiden Seiten zerzaust und zerblaut zu werden und nach beiden Seiten Haare lassen zu müssen. Sie wollen unterhandeln, handeln und mogeln. Und darin kommen die Herren vom Zentrum und der konservativen Partei, die auch ziemlich betrübte Gesichter schneiden, ihnen bereitwillig entgegen. Der Reichstag ist für die „staatsbehaltenden Parteien“ zur Börse geworden, auf der sie schachern, — zum Viehmarkt, auf welchem der „Ruhhandel“ geschäftsmäßig betrieben wird. Man kann da interessante physiognomische Studien machen. Welch einschmeichelnde Mienen, und dabei der lauernde Blick, ob der andere auch anbeißt und sich übers Ohr hauen läßt! Wenn aber ein Unberufener dazu kommt — wie sie auseinanderfahren, gleich ertappten Sündern.

Ach es ist eine schöne Gesellschaft. Und wenn Ogenstierma das Spiel sich betrachten könnte, so würde er seinem Wort von dem geringen Verstand, mit dem die Welt regiert wird, noch einen Zusatz geben, betreffend die „Moral“, mit der sie regiert wird. Denn diese Gesellschaft mit der Ruhhandel-Moral regiert heutzutage unter dem Zeichen der Religion, Ordnung und Sitte. —

Der Andrang zur heutigen Sitzung ist wieder groß; das Haus schon kurz nach 1 Uhr — vor Ablauf des akademischen Viertels — voll besetzt. Aber die Stimmung ist nicht ganz so elektrisch wie gestern. Keine sehr starke Nervenanspannung dauert lange — eine gütige Einrichtung der Natur —, und die Nachricht, daß Fürst Hohenlohe im Reichstag ist und die Debatte mit einer Ansprache einleiten will, trägt wesentlich zur Abkühlung der Gemüther bei.

Die Sitzung wird eröffnet — mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in die Tagesordnung eingetreten, und „Seine Durchlaucht Fürst Hohenlohe etc.“ — der in- zwischen heringekommen ist — hat das Wort!

### Feuilleton.

#### Berliner Märztage.

(Nachdruck verboten.)

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Er rauchte aus einer langen Pfeife einen billigen Knaifer und las in einer alten Beschreibung der Schlacht bei Leipzig, die er selbst als preussischer Freiwilliger mitgemacht hatte. Auf dem Schneiderisch hatte mit gekrenzten Beinen, einen abgetragenen Flanschrock ausbessernd, Florian Schmid, der Geselle. Es war ein kleines, schwächliches Männchen von etwa vierzig Jahren, mit einem flachbärtigen, dichten Haarschopf auf dem großen Schädel, unter dessen vorspringenden Stirn ein paar schwärmerisch blickende, gleichsam nach innen gerichtete Augen von unbestimmtem Grau hervorschauten. Zwei weitere Goldstücke, ein gebrechlicher Tisch, ein paar Betten, ein braun gestrichener Kleiderschrank und ein in der Mitte geborstener eiserner Ofen, dessen Rohr sich nach der Küche hinüberzog, bildeten neben etlichem Schneider-Handwerkzeug den übrigen Hausrath. An der Wand hing ein vergilbter Stahlstich, den alten Marschall „Vorwärts“ darstellend, darunter zwei schwarze Silhouetten, Meister Mathias und seine verstorbene Gattin als Brautpaar. Ein kleines Nähtischchen mit Nadelstiften und Strickzeug, sowie ein paar Blumentöpfe zu beiden Seiten des Vogelbauers mit dem Stieglitz erinnerten an die weiblichen Mitbewohner des Raumes und gaben dem nüchternen Bilde des Ganzen einen angenehmen beruhigenden Zug von Traulichkeit.

Meister Wernicke hatte seine Hornbrille auf die Stirn geschoben und seine eben ausgegangene Pfeife in die Fensterlade gestellt. Nicht ohne Verwunderung betrachtete er den seltenen Gast. Es war das erste Mal, daß der Hauswirth ihm hier, in der ärmlichen Hinterhauswohnung, einen Besuch abstattete.

Der neueste Herr Reichskanzler ist kein Redner — das ist eine Eigenschaft, deren sich kein rechtschaffener Mensch zu schämen braucht, die Fürst Hohenlohe mit dem ersten Reichskanzler theilt, der auch ein sehr schlechter Sprecher war, obgleich er sich von seinen Reptilien zum Demosthenes aufpuffen ließ. Allein ein Unterschied ist zwischen dem ersten und (vorläufig) letzten Reichskanzler: Jener mußte etwas zu sagen, und dieser weiß es nicht. Er hat sich allerdings einigermaßen gebessert. Im Anfang las er alles ab, und was er ablas, war nicht viel. Mit der Zeit wuchs das abgelesene Manuskript und machte der Ableser Versuche, sich bei einigen Stellen von dem Geschriebenen zu emanzipiren. Heute ist wieder ein Fortschritt zu verzeichnen: dem Manuskript war es ergangen, wie dem Dichter der Zukunftsmusik — es war unsichtbar. Aber doch da. Und als das Gedächtniß versagte, was sich sehr bald ereignete, kam das rettende Papier zum Vorschein. „Das geschriebene Wort bleibt“ — lautet der lateinische Spruch. Von dem geschriebenen Wort des neuesten Reichskanzlers gilt er jedoch nicht. Unter den etwa 300 Abgeordneten, die das geschriebene Wort, welches der Herr Reichskanzler heute sprach, anhörten, ist wohl nicht einer, bei dem es auch geblieben wäre und der noch aufmerksamsten Zuhören genau sagen könnte, was der Herr Reichskanzler denn eigentlich gesagt hat.

Indes „der Ton macht die Musik“, und der „Ton“ war sehr gedämpft, sehr resignirt, und wenn wir die paar verständlichen Sätze der Rede unter dem Eindruck des „Tons“ beurtheilen, so ergibt sich aus ihnen eine recht lagenjämmerliche und resignirte Stimmung in Regierungskreisen.

„Die Grundlagen der Gesellschaft wanken.“ „Je größer die Gefahr, desto dringender die Nothwendigkeit, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu schützen.“ „Das Bürgerthum hat aber die Regierung nicht genügend unterstützt.“ „Die am lauteften nach der Vorlage riefen, stehen jetzt nicht zur Regierung.“ „Was die Kommission aus der Vorlage gemacht hat, entspricht nicht den Absichten der Regierung.“ „Die Befürchtung, die Wissenschaft und die Kunst sollten vergerathen werden, ist unbegründet. Die Fortschritte des Geistes können durch Gesetze nicht aufgehalten werden. Ein solcher Versuch wäre lächerlich.“

Ganz gewiß wäre er lächerlich. Und wenn die Logik herrschte, so würde der neueste Herr Reichskanzler mit den Worten geschlossen haben:

„Ich bedauere, daß die Regierung sich zu einer solchen Lächerlichkeit hat verleiten lassen, und ziehe hiermit im Namen der verbündeten Regierungen die Vorlage zurück.“

Aber nicht die Logik herrscht, sondern der Heilige Zirkel. Und im Zirkelkurs kam der Herr Reichskanzler zu dem Schluß, daß die Umsturzvorlage, weil oder obgleich

— gleichviel — sie eine Lächerlichkeit sei, vom Reichstag zum Gesetz erhoben werden solle, und zwar hoffentlich in der ursprünglichen Gestalt.

Herr Barth, der dem Reichskanzler folgte und der erste Redner aus dem Hause war, hatte leichtes Spiel mit der Kanzler-Zirkellogik und hielt eine vor- treffliche Rede über das Umsturzgesetz im allgemeinen und insbesondere über die Ungeheuerlichkeit, alles von dem diskretionären Ermessen der Richter abhängig machen zu wollen; über die Unmotivirtheit der Umsturz- vorlage, da in Deutschland gar kein Anarchismus existire, was der Sozialdemokratie zu verdammen; über die Thorheit, die Sozialdemokratie gewaltsam zu unterdrücken (wobei er in die alte Fortschritts-Illusion verfiel, ohne gewaltsame Unterdrückungsversuche würde die Sozialdemokratie zu einer „Reformpartei“ — im bürgerlichen Sinne — werden). Er geißelt das deutsche Bürgerthum, das keine kräftigen Nerven habe und sagt noch vieles andere recht Schöne und Wahre. Aber Herr Barth wird kaum beachtet. Er spricht zwar gut, allein „er hat nichts zu sagen“, das heißt: es sieht nur ein kleines Häuflein hinter ihm, und heute handelt sich's nicht um Worte, sondern um Stimmen. Heute werden die Stimmen nicht gewogen, sondern gezählt.

Mauteuffel, der zweite Redner aus dem Hause, in jeder Beziehung der Antipode Barth's, bedauert, daß die Kommission das Gesetz abgeschwächt und von seinem Zweck abgewandt habe; er erklärt es in der jetzigen Fassung für unannehmbar — und das erklärt er im Namen seiner Fraktion, der Konservativen. Den Anarchismus anlangend, meint Herr Mauteuffel, so sei es dem christlichen Sinn des deutschen Volks zu verdammen, daß diese Pest nicht habe gedeihen können. Statt nun zu argumentiren, daß man also „dem christlichen Sinn des Volkes“ auch den Kampf gegen den Umsturz getrost überlassen könne, gelangt das Haupt der Junker zu der Kon- klusion, daß auf dem Weg des gemeinen Rechts über- haupt der Sozialdemokratie nicht beizukommen sei. Nur auf dem Weg der Ausnahme-gesetzgebung liegt das Heil. Das Sozialistengesetz scheint dem Herrn Mauteuffel aus dem Gedächtniß verschwunden zu sein. Oder meint er, es habe das Heil gebracht?

Nach dem Junker der Sozialdemokrat.

Unter lautiöser Aufmerksamkeit des Hauses zerpflückt Mauteuffel mit der stolzen Ueberlegenheit unserer Partei über die angreifenden Gegner, das Gerede des Reichskanzlers und des Herrn Mauteuffel, zeigt das Wahnsinnige des Beginns, die Arbeiterbewegung aufhalten zu können. Er geht der Reihe nach mit den verschiedenen Parteien ins Gericht, packt namentlich die Herren vom Zentrum am Kraken, die „auf dem besten Wege sind, noch unter die National- liberalen zu sinken“, und wendet sich an ihren „Selbst- erhaltungstrieb“, der sie abhalten müsse, zu einem Gesetz die

Loz gewiesen wäre, den er immer noch unter seinem Hute versteckt hielt! Sollte er etwa da drinnen am Küchenherd seine Aufwartung machen? Das hieße wirklich ein wenig zu tief hinabsteigen von der eigenen Höhe. So mußte er denn geduldig ausharren, bis Lotte selbst auf der Bildfläche erschien und seine Huldigung entgegennahm.

„Wer mir das gesagt hätte vor zehn, zwanzig Jahren, daß ich noch mal mit meinem lahmen Beine Geld verdienen würde!“ sagte lächelnd der Meister, der, durch das entgegenkommende Wohlwollen des Herrn Vorstehers an- geregt, aus seiner gewohnten Zurückhaltung allmählich heraus- ging. „Damals stand ich anders da, mit meinen fünf Ge- sellen, wie meine Verstorbene noch lebte und überall nach dem Rechten sah. Ein verwittweter Mensch ist 'n halber Mensch, das ist sicher.“

„Ganz meine Meinung“, pflichtete Herr Plüddemann ihm bei, „ganz meine Meinung. In der Finsterniß sind wir ja Leidensgefährten, lieber Meister.“

Wie hübsch hätte er hier anknipten und die Unter- haltung auf den eigentlichen Zweck seines Besuches hinleiten können! Aber er hatte nur mit halbem Ohr nach dem Alten hingehört und seine Aufmerksamkeit unwillkürlich nach der Küche gelenkt, in der sich seit seinem Eintritt eine ganz merkwürdige Lustigkeit entwickelt hatte. Eine Nachhalbe folgte auf die andere, und allen voran lachte immer dieser Robold Ferdinand, der unter der Leitung seines Meisters Fräulein Grams sich zu einem recht netten Fräulein auszu- wachsen schien.

Ein angenehmer Schwager, das mußte man sagen! Jetzt pfliff er gar einen politischen Gassenhauer, ein ganz gemeines Ding, das Herrn Plüddemann jedesmal Uebelleit verursachte, wenn er's hörte. Und die tolle Dora wollte sich förmlich ausschütten vor Lachen, und die arme Lotte hatte alle Mühe, durch ihr befändiges „Pi! Pi!“ den Jubel der beiden ungezogenen Kinder wenigstens einiger- maßen zu dämpfen.

„Seien Sie hübsch willkommen, Herr Plüddemann“, versetzte er auf den Gruß des Eintretenden, indem er sich nicht ohne Anstrengung vom Stuhle erhob und dem Gaste langsam entgegenhumpelte. „Hab's nämlich hier drin sitzen, im rechten Wein, noch von Leipzig her. Wenn's Wetter umschlägt, fängt sie jedesmal an; hier unterm Knie steckt sie.“

„Wer denn?“ fragte Plüddemann ein wenig erstaunt, nachdem er die Rechte des Meisters mit ungewohnter Vertraulichkeit geschüttelt und auf dem ihm hingeshobenen Stuhle Platz genommen hatte.

„Die Angel, die der Kerl, der Franzos, mir ins Bein gejagt hat.“

„Wie, Sie sind Invalide, Meister Wernicke?“

„Das versteht sich. Ganzinvalide sogar, wenn wir's richtig nehmen.“

„Und Sie beziehen keine Invalidengelder?“

„Hab's nicht um Geld gethan, bin freiwillig mit- gegangen. Ich und meine drei Brüder. Hab' niemals 'nen Pfennig dafür verlangt.“

„Das ist ja sehr schön, Meister Wernicke, wenn man's nicht nöthig hat — aber bei den Zeiten...“

„Gefallen mir selber nicht, die Zeiten“, sagte Meister Mathias mit einem mild-traurigen Lächeln. „Heute haben sie mir meinen Jungen genommen, den einzigen Ver- diener. Alles, was Wernicke heißt, hat nun 'mal das Glück, Soldat zu werden. Haben uns arg mitgenommen, die schlimmen Zeiten!“

„Nur nicht verzagt, Meister Wernicke“, tröstete Plüdde- mann den Alten, indem er ihm seine mit duftendem Tabak gefüllte Dose hinhalt. „Kommt Zeit, kommt Rath — das war von jeher meine Meinung. Und von den Invaliden- geldern reden wir noch — wer sein Blut fürs Vaterland opfert, der hat auch ein Recht auf den Pant des Vaterlandes, verstehen Sie? Ein Recht!“

„Das läßt sich ja ganz gut an“, dachte Plüddemann im stillen. Wenn er nur den unglücklichen Weichenstrauß erst

Zustimmung zu geben, das sie als Partei vernichten würde, weil es ein Verbrechen an der deutschen Nation. Auf den § 111 selbst eingehend, bringt Auer aus der Bibel verschiedene Stellen, die unter das Umsturzgesetz fallen würden. Und „Vertrauen in die Richter“? Wo ist es noch vorhanden? Können wir Vertrauen haben? Medner führt zum Schlusse aus, die Sozialdemokratie werde sich durch Umsturzgehehe so wenig wie durch Provokationen von ihrer Bahn abbringen lassen. Wir wissen, daß viele Leute sehr froh wären, wenn wir die Arbeiter vor die Kanonen stellten — aber wir wissen, daß wir unsere Feinde am meisten ärgern, wenn wir gesehlich bleiben!“ Da Auer bei dieser Gelegenheit sich so ausdrückte, daß man bei williger Phantasie meinen konnte, er spiele auf Mitglieder im Hause und in der Regierung an, fühlte der fortschrittliche Herr Vizepräsident Schmidt, der gerade den Vorsitz hatte, sich bemüht, ihn zur Ordnung zu rufen, und der Herr Kriegsminister v. Bronsart fühlte sich bemüht, mit komischem Pathos zu betheuern, die Arbeiter betrachte es als höchste Ehre, das Vaterland an der Grenze oder jenseits zu verteidigen, die Belämpfung des „Straßenpöbels“ überlasse sie der Polizei und der Feuerwehre. Für die Polizei ist dies nicht sehr schmeichelhaft — und die, welche bei Belämpfung des „Umsturzes“ auf die Achtmillimeter rechnen, werden die Deklamation nicht allzu ernst nehmen. Herr v. Kardorff verliest hierauf eine Erklärung „derer um Stumm“ (der leider durch Abwesenheit glänzt), dahin gehend, daß die Vorlage in der jetzigen Form unannehmbar sei. Nehtliches erklärt der Nationalliberale Enneccerus und der Pole Wollschläger (ehelich deutsch buchstabiert — nicht in der fremdsprachigen Vermummung), worauf die Spitzung des Zentrums durch den Mund des Abg. Reindel der Welt offenbart, daß das Zentrum für dieselbe im ganzen durchaus nicht begeistert ist, daß es die Vorlage verwerfen wird, wenn die von ihm erwirkten Bestimmungen gestrichen werden, und endlich: daß es sich die Schlussabstimmung vorbehält. Roma locuta est — Rom hat gesprochen — und nun wissen wir genau so viel, wie vorher.

Noch eine prächtige Rede des Fortschrittlers Mundel, der die juristische Monstrosität der Vorlage, die Absurdität des Windmühlkampfes gegen die Ideen, die größten Konsequenzen des Umsturzgesetzes für Wissenschaft, Kunst und Literatur wüh und scharf darlegte; dann eine lahme Erklärung des Antisemiten Bismarck, und eine ebenso lahme der Bauernbündler Salisch, daß die Vorlage ihnen nicht gefalle, daß sie und ihre Freunde aber unter Umständen doch für einzelne Bestimmungen, zum Beispiel die Militärparagrafen zu stimmen sich entschließen könnten, — und die Debatte wird, weil es 5 1/2 Uhr geworden und das Haus müde ist, auf morgen 1 Uhr vertagt.

Resultat der heutigen Debatte: das Umsturzgesetz hat keinen Freund in dem Reichstag. Der „Wechselbalg“ wird von allen, die einst sich der Vaterchaft rühmten, herzlos verleugnet. Niemand will der Vater sein „von das Kind“. Fürwahr, der Umsturz des Umsturzgesetzes vollzieht sich, wie wir Umstürzler es nicht besser uns wünschen können. Es lebe der Umsturz!

## Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Mai.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat ihre Beratungen über den Kommissionsbericht zur Umsturzvorlage beendet. Die „Nat.-Lib.“ Korresp.“ schreibt darüber:

„Es bedarf kaum nochmals der besonderen Erwähnung, daß die Vorlage, so wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, allen Mitgliedern der Fraktion gleichermaßen unannehmbar erscheint. Aber nach Lage der Dinge mußte auch die Erwartung aufgegeben werden, den umgestalteten Entwurf derart revidieren zu können, daß er brauchbare, und annehmbare Mittel zur Abwehr der Umsturzbestrebungen darbiete, ohne mit weit abseits liegenden Nebenwegen verknüpft zu sein. Selbst wenn alle vorliegenden konservativen Vorschläge zum Entwurf, was ja völlig aussichtslos ist, angenommen würden, bliebe immer noch

Und das waren menschliche Wesen, die sauren Hering und Kartoffeln zu Mittag gegessen hatten. Merkwürdig! Florian Schmid, dem das lustige Treiben der Kinder zu gefallen schien, lächelte stillvergnügt in sich hinein. Auch Vater Mathias begann endlich zu merken, daß irgend etwas da drinnen nicht in Ordnung war, und zog die Stirn in ernste Falten.

„Ferdinand!“ rief er laut nach der Richtung der Küchentür zu.

Die Thür wurde aufgerissen, und in der Oeffnung derselben erschien Schelm Ferdinand im blauen Arbeitskittel mit dem harmlosesten Gesicht der Welt. Nur die lebhaft glänzenden Augen und das zerzauste Lockenhaar deuteten auf den Schabernack hin, den er soeben noch getrieben hatte.

„Was treibt Ihr denn da drinnen?“ fragte Vater Mathias streng.

„Nichts besonderes, Vater“, entgegnete Ferdinand obenhin — „Dora sticht meine Jacke, und da sind wir 'n bißchen lustig.“

Herr Blüddemann ließ sich durch die gutgespielte Harmlosigkeit des jungen Schalkes so vollkommen beruhigen, daß er einer plötzlichen Eingebung nachgab und ihn zu seinem Liebesboten zu erwählen beschloß. Er rief Ferdinand heran, und als dieser mit komisch-feierlicher Grandezza auf ihn zuschritt, überreichte er ihm das köstlich duftende Veilchenbouquet, das in der Hand des ungeduldigen Freiers bereits ganz warm geworden war.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Wechselbalg.

Ein Kind mit großem Korbhals,  
Gelbblondem Schnurrbart, greisem Kopf,  
Mit spinnig langen, doch starken Armen,  
Mit Riesenhänden, doch kurzen Gedärmen,  
Ein Wechselbalg, den ein Korporal,  
Anstatt des Säuglings, den er stahl,  
Heimlich gelegt in unsre Wiege,  
Die Mißgeburt, die mit der Lüge,  
Mit seinem geliebten Windspiel vielleicht,  
Der alte Sodomiter gezeugt,  
Nicht brauch' ich das Ungeheiß zu nennen,  
Ihr sollt es ersäufen oder verbrennen.

\*) Wir theilen obstehend auf Wunsch das Gedicht Heine's mit, dem der Vers am Schluß unseres Artikel's in der vorigen (Sonntags-) Nummer entnommen ist.

soviel von der lexikal-konservativen Verbesserungskunst aus der Kommission bestehen, daß der Entwurf mehr eine Gefahr für geistige Freiheit und das Wollen religiöser Duldsamkeit wäre, als eine Verstärkung der Machtmittel für die Staatsgewalt zur Abwehr gewaltsamer Unterwühlungsversuche an den Fundamenten von Staat und Gesellschaft.“

**Das Zentrum und die Umsturzvorlage.** In parlamentarischen Kreisen wird mit aller Bestimmtheit behauptet, die Zentrumsfraktion habe gestern beschlossen, an den Beschlüssen der Kommission zur Umsturzvorlage unter allen Umständen festzuhalten, und wenn dieselben eine Mehrheit nicht finden, die Vorlage überhaupt abzulehnen.

**Weitere Abänderungsvorschläge zur Umsturzvorlage.** Bekanntlich haben beim Reichstage die Abgg. v. Levetzow, v. Mantouffell und Graf Mirbach zur zweiten Lesung der Umsturzvorlage beantragt, den von der Kommission eingefügten § 184a des Strafgesetzbuchs zu streichen. Hierzu stellt der Abg. v. Mantouffell den Unterantrag, dem § 184 des Strafgesetzbuchs folgenden Absatz hinzuzufügen: „Die Strafvorschrift des Absatz 1 findet auch gegen denjenigen Anwendung, welcher aus Gerichtsverhandlungen, für die wegen Gefährdung der Staatlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus den diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mittheilungen macht, welche geeignet sind, Vergerniß zu erregen.“

Außerdem beantragen die Abgg. Gaußmann, Lenzmann, Mundel und Träger: in Artikel I § 112, Absatz 2, (der Kommissionsfassung) die Worte „das Meer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht oder“ — zu streichen.

**Zur Nachwahl in Köln (Stadt).** Von den Wahlkomitees der verschiedenen Parteien ist ein Abkommen dahin gehend getroffen worden, die Stimmzettel für die am 18. Mai stattfindende Reichstagswahl in Papier, Farbe, Größe und Druck vollkommen übereinstimmend anfertigen zu lassen.

**Dr. Böttcher** soll aus angeblichen Gesundheitsrückichten auf die Auffassung seiner Kandidatur in Waldespyrmont verzichtet haben. Der Durchfall ist eben eine unangenehme Krankheit.

**Weitere Beschränkung des Versammlungsrechtes.** Die Regierungspräsidenten haben neuerdings die Aufsichtsbehörden angewiesen, die unterstehenden Orts-Polizeiverwaltungen besonders darauf aufmerksam zu machen, daß nach Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts alle Vereine, welche neben anderem auch politische Erörterungen in Versammlungen bezwecken, als politische Vereine der Beschränkung unterliegen, daß Schüler, Frauen und Lehrlinge Versammlungen derselben auch dann nicht betheiligen dürfen, wenn diese ausschließlich anderen Zwecken als politischen Erörterungen dienen sollen (z. B. geselligen Unterhaltungen und Vergnügungen).

**Umsturz des allgemeinen Wahlrechtes** ist die Parole der Umsturzgegner von Mantouffell bis Marquardsen. Zu der immer offener auftretenden Agitation gegen das allgemeine Wahlrecht bemerkt die „Köln. Volks-Ztg.“:

„Daß ein Vorstoß gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht kommt, ist so gut wie sicher, es handelt sich nur um den Zeitpunkt und den Modus. Wundern sollte es uns nicht, wenn er bald käme. Die Ablehnung der Umsturzvorlage z. B. wäre ein passender Abschnitt, um einen andern Weg zu wählen. Daß man dabei das allgemeine Wahlrecht direkt angreifen wird, glauben wir nicht, aber Dinge, wie die Hinausschiebung des zur Wahl berechtigenden Lebensalters, die Beseitigung der geheimen Stimmabgabe und wahrscheinlich auch noch andere wichtige Änderungen dürften in sehr wahrscheinlichen Kreisen erwogen werden. Vielleicht ist es bezeichnend, daß Herr v. Jellich nur von der Verwerflichkeit des geheimen und gleichen, nicht aber des allgemeinen Wahlrechtes spricht.“

Wer es für konservativ hält, die Aufregung der Massen zu steigern, der unterstützt den Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht. Ruhig überlegende Politiker sollten vor solchem Umsturz zurückschrecken.

**Die Einheitlichkeit des Rechts in Deutschland** gilt als eine der größten Errungenschaften im Reich. Sie existiert für die Presse aber bloß theoretisch. An den Majestät-Blättern konnte diese Rechtsungleichheit wunderbarst sublimiert werden. Unsere Majestät-Zeitung wurde in Berlin mit Beschlag belegt und auf Aufforderung der Berliner Staatsanwaltschaft im ganzen Deutschen Reich konfisziert. Am 4. Mai wurde die Festnummer in Berlin freigegeben, in Frankfurt a. M. wurde aber die Ausfolgung der beschlagnahmten Nummern nicht bloß verweigert, sondern die Beschlagnahme vom dortigen Landesgericht bestätigt. Ähnlich ging es mit der Nr. 228 des „Wahren Jakob“, dieselbe wird in Breslau mit Beschlag belegt und die Beschlagnahme vom dortigen Landesgericht bestätigt, während das Stuttgarter Gericht am Inbilde der Nummer nichts anzusehen wollte. Und da soll sich der Laie auskennen, da sollen wir die Machtvollkommenheit der Richter durch das Umsturzgesetz noch vermehren.

**Gefährd. Gut.** Die „Berliner Correspondenz“ des Herrn Köller erklärt, daß die Nachricht des „Hamburger Correspondent“, die Staatsanwaltschaft habe neuerlich nach den Hochverrathern des Reichstages geforscht, „der Begründung entbehre“. Der „Hamburger Correspondent“ war weiland offiziell. Ob er es heute noch ist? Und ob die „Berliner Correspondenz“ an offizieller Wahrheitsliebe den „Hamburger Correspondent“ übertrifft? Wer weiß heute in unserer politischen Welt, was Wahrheit ist?

**Herr von Köller über das Petitionsrecht der Städte.** Der Berliner Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans hat mit dem Minister des Innern eine Unterredung gehabt, und in einem Begleitverein darüber folgende Mittheilungen gemacht: Der Minister von Köller habe die Anschauung vertreten, daß die Regierung nach eigenem Belieben den Stadtverordneten das Petitionsrecht in politischen Dingen gewähren oder verweigern könne. Dr. Langerhans wies darauf hin, daß in einem früheren Falle Fürst Bismarck die Berliner Stadtverordneten-Versammlung direkt aufgefordert habe, von ihrem Petitionsrecht in einer politischen Angelegenheit Gebrauch zu machen. Dem gegenüber meinte Herr von Köller, daß in solchem Falle es die Regierung sei, welche der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage mache, und daß die Stadtverordneten über eine solche Vorlage allerdings verhandeln müßten. Dr. Langerhans bemerkte darauf, daß nach Ansicht des Ministers die Stadtverordneten ein Petitionsrecht nur dann besäßen, wenn sie der Regierung in den Arm falle, d. h. wenn sie zu gunsten der jeweiligen Regierung petitionirten. Nirgends ließe in der Städte-Ordnung, daß die Stadtverordneten das Petitionsrecht nicht ausüben dürfen, daß jedem Schutlerjungen genährt sei. Dieses Petitionsrecht habe er der Stadtverordneten-Versammlung nicht verschaffen lassen wollen. Herr v. Köller habe ihm aber erwidert, daß er über diese Angelegenheit eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen würde. — Mit einem Wort:

Herr v. Köller wird die Sache schon machen. Und wenn schließlich auch die Gerichte Schwierigkeiten machen und nicht entscheiden sollten, wie Herr v. Köller wünscht, dann wird er sich auch in diesem Falle mit dem bei ihm beliebtesten Sprüchlein trösten: „Na wenn nicht — denn nicht.“

**Williger Kredit für die Landwirtschaft.** den Herr Miquel neulich im Abgeordnetenhaus versprochen, soll nunmehr schnellst verschafft werden. Die Errichtung einer zentralen Ausgleichsstelle für den Kredit der landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Genossenschaften betreffend, will die „Post“ erfahren haben, daß die bezüglichen Vorbereitungen bereits so weit gediehen sind, daß, wenn sie nicht noch auf ein besonderes Hinderniß stoßen, schon nach Pfingsten dem Landtag eine bestimmte Vorlage zugehen kann. Ferner soll die Konferenz von Sachverständigen, mit denen diese Vorlage besprochen werden soll, am Sonnabend, den 18. Mai, unter dem gemeinsamen Vorsitz des Finanzministers und des Ministers für Landwirtschaft zusammengetreten. Man sieht, was gemacht werden kann, wird gemacht. Und was geht so, geht auch. — Für die Leitung des geplanten Zentralinstituts zur Hebung des landwirtschaftlichen Kredits soll, dem Vernehmen der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, der Zentrumsführer Freiherr v. Duene in Aussicht genommen sein.

**Das Kommunal-Weinsteuergesetz** wird nach allgemeiner Annahme das Schicksal der Tabaksteuervorlage theilen, also abgelehnt werden.

**Ein interessanter Preßprozeß.** Dionys Köhlschle in Sangerhausen ist, wie die „Sangerh. Nachrichten“ melden, vom Abgeordneten Freiherrn v. Stumm wegen Beleidigung verklagt worden. Ursache der Anklage ist ein von Herrn Köhlschle an den Freiherrn gerichteter „Offener Brief“.

Herr v. Stumm's Auf dürfte kaum gegestigt werden durch die Verhandlung über diese müthige Proschäre des evangelisch-sozialen Pastors.

**Kreuzzeitungs-Weisheit.** Ein hiesiges Kapitalistenblatt schreibt von „Miquel's Sozialismus“: „Verstaatlichung der christlichen Liebe, Verstaatlichung der freien wirtschaftlichen Betätigung — das scheint die Lösung des Ministers Miquel zu sein. On en revient toujours à ses premiers amours. Alte Liebe rostet nicht.“

Von diesem Satz meint nun die „Kreuzzeitung“, er „könnte ebenso gut im sozialdemokratischen „Vorwärts“ stehen.“

Einen besseren Beweis dafür, daß sie von Sozialdemokratie keine Ahnung hat, konnte die „Kreuzzeitung“ nicht geben. Und wenn sie eine nähere Begründung wünscht, so kann sie sich dieselbe bei Herrn Miquel holen.

**Die Mäcker** sind wieder einmal beisammen gewesen, um gegen die theologischen Fakultäten an den preussischen Universitäten zu gehen. Diese sind den mackerischen „Dienern am Wort“ bekanntlich nicht wundergläubig genug; sie betrachten auch die Theologie als eine Wissenschaft, was den Mäckern wider den Strich geht. Diese letzteren hielten heute, am Mittwoch, in der Philharmonie ihre diesjährige „landeskirchliche Versammlung“ ab, auf der das besagte Thema von den Herren Oberverwaltungsgerichts-Rath Hahn (Berlin), Pastor Robert (Reinhardt), Pastor Möller (Güterloh) und Hofprediger a. D. Stöcker abgehandelt wurde. Dabei lagen der Versammlung eine Reihe von Thesen vor, aus denen wir einige herausheben wollen. Es heißt da:

Das Wesen des Christenthums ist das Wunder; die Theologie legt daher an die Offenbarung und ihre heiligen Urkunden nicht den Maßstab der weltlichen Wissenschaft an.

Der Satz der Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ wird für die Theologie eingeschränkt durch den Satz der Bibel: „Es steht geschrieben.“

Es waren bei der Versammlung etwa 1000 Personen anwesend. Pastoren und Professoren in Amt und Würden und solche, die es werden wollen. Daneben eine Anzahl Damen, die mit gefalteten Händen zuhörten. Der Vortrag Stöcker's: „Das Volk und die theologischen Fakultäten“ war der interessanteste. Sein oder Nichtsein, sagte der verflorenen Hofprediger mit Hamlet, ist auch jetzt die Frage für die evangelische Kirche. Entweder sie besteht — wenn sie nicht kritisiert an den Wundern nämlich — oder sie geht zu Grunde; eine „mittelparteiliche“ Kirche ist ein Un Ding. Populär ist nur die Orthodoxie und der entscheidende Unglaube. Er klagt die modernen Professoren an, daß sie mit der Populärifizierung der Wissenschaft Unheil ins Land gebracht haben. Der gemeine Mann will Wunder glauben; die modernen Lehren seien nur für die gebildeten Stände berechnet. — Es sieht schlimm um die Kirche. Die Bourgeoisie ist gleichgültig, die Arbeiter sind vom giftigen Atheismus angegriffen. Die „schändliche Presse“ wächet den Frommen über den Kopf. Die Kirche, schließt er, soll sich nicht so viel um die Gebildeten kümmern, sondern den kleinen Mann bearbeiten. Sinn und Ziel der ganzen Aktion gegen die theologischen Fakultäten geht aus dem folgenden „Leitfaden“ hervor:

„In dem furchtbaren Ernst der Zeit muß es dem Staat daran liegen, daß zum Schutz und zur Erhaltung der höchsten Güter: „Gott, König, Vaterland“ die Kirche und ihre Diener in der Rüstung stehen, in welcher sie ihrem Beruf gemäß für diese höchsten Güter wirksam eintreten können einerseits mit den Mitteln der geistigen und wissenschaftlichen Rüstung, andererseits und viel mehr in der Rüstung des Glaubens und des heiligen Geistes. Daß diese Rüstung unseren Geistlichen von den theologischen Fakultäten mitgegeben werde, dafür hat der Staat zu sorgen. Thut der Staat dies nicht, verlagen die theologischen Fakultäten diese Rüstung, so wird die evangelische Kirche, so ungern sie das bestehende Verhältnis zu den theologischen Fakultäten lösen würde, nicht umhin können, die Vorbildung ihrer künftigen Seelsorger allein und ausschließlich in die Hand zu nehmen, da sie ihren Pflichten und Ausgaben nicht untreu werden kann.“

Man sieht doch, wo hinaus die Gottesmänner wollen. Und bei dem reaktionären Geist, der jetzt in den höchsten Regierungsschichten weht, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Stöcker und seine Brüder in dem Herrn über die „liberale Theologie“ triumphieren werden. Nun, für uns Sozialdemokraten ist es gehäpft wie gesprungen.

**Ausgewiesen aus Preußen** wurde als jüngstes Opfer der „ordnungs“währenden Reaktion der Prediger der Königsberger freireligiösen Gemeinde, Herr Ziegler. Was gemacht werden kann, wird gemacht, auch ohne Umsturzgesetz.

**Der Maschinen-Zusammenbruch beim Kreuzer Kaiserin Augusta** wird vom „Reichs-Anzeiger“ in Abrede gestellt. Das einzige, was das offizielle Blatt zugeht, ist das folgende:

Eine Störung des glatten Verlaufs der jetzigen Probefahrten ist bisher allein dadurch eingetreten, daß sich in der äußeren Wand der doppelten Wöden an zwei Niederdruckzylindern kleine Risse gezeigt haben, die entweder auf eine ungleichmäßige Erwärmung des doppelten Bodens oder auf einen durch den Guß derselben hervorgerufenen Spannung zurückzuführen sind.

**Militaria.** Wie die „Ermlandische Zeitung“ und die „Norddeutsche Zeitung“ übereinstimmend berichten, wurde kürzlich der Artillerist Julius Ziz, Sohn eines Arbeiters aus Nordbitt, in seiner Garnison Königsberg händesrechtlich erschossen. Ziz war schon verschiedene Male jahreslänglich gewesen; die Ursache zu seiner kriegsgerichtlichen Verurtheilung zum Tode war, daß er einen Vorgesetzten ermordet hatte.

**Elßaß-lothringische Preßfreiheit.** Der Staatssekretär von Elßaß-Lothringen hat neulich dem Reichstage

**Italien.** In Coreggio wurden vier Bürger verhaftet und ins Gefängniß gebracht, weil sie am Abend des 1. Mai auf offener Straße einige Strophen der Arbeiterhymne sangen. Die Polizei wollte auch den desselben schrecklichen Verbrechens beschuldigten, weit bekannten und beliebten Sozialisten Ferretti festnehmen; aber der gefährliche Verbrecher hat sich aus dem Staube gemacht. Und, während die heilige Hermandad nur dazu vorhanden ist, um Jagd auf Sozialisten zu machen, leben in der

ganzen Provinz Reggio Emilia die Einbrecher und Straßenräuber herrlich und in Freuden, wie noch nie zuvor. — Das Ministerium des Innern hat folgende auf die diesjährige Maisfeier bezügliche Statistikk herausgegeben, für deren Wichtigkeit wir jedoch nicht eintreten: In 18 Provinzen gingen die Arbeiter zum größten Theile zur Arbeit; in 5 Provinzen enthielten sie sich zum größten Theile der Arbeit; in 7 Provinzen wurden 11 verschiedene Zeitungen und gedruckte Rundgebungen beschlagnahmt; in 14 Provinzen wurden 23 Privatversammlungen mit Vorträgen angemeldet. Im ganzen Königreiche Italien kam es zu keinem unangenehmen Zwischenfalle und zu keiner Verhaftung, mit Ausnahme von Ravenna, wo 7 Personen verhaftet wurden, welche vormittags um 10 Uhr unter „umstürzlerischen Rufen“ durch die Porta Adriana in die Stadt zogen. —

## Parteinachrichten.

**Von der Agitation.** Fortschreitend von der Stadt zum Dorf, brechen unsere Parteigenossen dem Sozialismus immer mehr Bahn. Das zeigte sich wieder bei der ersten Versammlung, die kürzlich in dem märkischen Dorfe Tielow von uns abgehalten wurde. Sie war von der ländlichen Bevölkerung aus Tielow, Frohrde, Gerchesar und anderen Dörfern so gut besucht, daß das Lokal bis auf den letzten Platz besetzt war. Obwohl aus Brandenburg sprach über den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Man hörte ihm mit athemloser Spannung zu und häufig wurden seine Ausführungen durch Beifall unterbrochen. Auch sonst bewies der Verlauf der Versammlung wieder einmal, daß die bisher von allen Parteien betrogene Landbevölkerung sich der Sozialdemokratie zugewenden beginnt.

**Nachträgliches über die Maisfeier.** Kyrih. Die Maisfeier mußte besonderer Umstände halber am 5. Mai abgehalten werden. Nachmittags war eine von 150 Personen besuchte Volksversammlung, die nach einem Vortrage Kiesel's aus Berlin einstimmig die Gewerkschaftsresolution annahm. Abends wurde ein Ball abgehalten. — Klein-Weichungen bei Nordhausen. Am 1. Mai sprach in einer von weit über 100 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchten Volksversammlung Markus aus Erfurt. Eine entsprechende Resolution nahm man einstimmig an. Alles verlief gut. — Wurz. Am 1. Mai Frühchoppen, nachmittags Ausflüge von 55 Personen, abends auf Tivoli Festlichkeit mit 200 Theilnehmern; am 5. Mai Ausflüge von 60 Personen nach Hohenburg. Alles in bester Ordnung verlaufen. — Tiefenfurt (Schlesien). Am 1. Mai gleich nach der Vesper machte das Maler- und Drechslerpersonal der Steinmann'schen, sowie das Malerpersonal der Donath'schen Fabrik einen Ausflüge und traf, etwa 60 Personen stark, abends im Saale der hiesigen Brauerei ein, wo die Feier unter Gesang und humoristischen Vorträgen fortgesetzt wurde. Von Nachmittag bis Abend wurde die Feier polizeilich überwacht. Leider hat sich, wie schon im vorigen Jahre, so auch diesmal das Drechslerpersonal der Donath'schen Fabrik von der Feier fern gehalten. — In Unna hatte das Gewerkschaftsstellvertreter eine Feier für den 5. Mai geplant. Da kam die Polizei und erklärte, das Gewerkschaftsstellvertreter könne sich wohl mit wirtschaftlichen und politischen Sachen befassen, aber es sei nicht ein Verein, dem das Recht zustehe, Festlichkeiten zu veranstalten. — In sämtlichen größeren Orten Bayerns nahmen, wie die „Münchener Post“ mittheilt, die Veranstaltungen am 1. Mai einen glänzenden Verlauf. Die Versammlungen waren überall sehr stark besucht, auch feierten zahlreiche Parteigenossen den Tag durch Arbeitsruhe. Die Parteigenossen kleinerer Orte hielten ihre Feier vorwiegend am Sonntag ab; die von Rosenheim, Kibling, Kolbermoor und Umgebung jedoch am 1. Mai.

**Militärischer Boykott.** Den Soldaten der Altonaer Garnison ist der Besuch von vier Soldaten jener Gegend verboten worden, wo die Arbeiter die Maisfeier abgehalten hatten.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Rauch, war von der Anklage, den Oberlieutenant Eidenrodt und den Bezirksfeldwebel Wünschel beleidigt zu haben, vom Erfurter Landgericht freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte gegen das Urtheil Revision ein. Das Reichsgericht verwarf die Revision in Beziehung auf die behauptete Beleidigung Wünschel's, hob das Urtheil in Beziehung auf den Oberlieutenant auf, erkannte aber auf Einstellung des Verfahrens und legte die Kosten der Revision der Staatskasse zur Last.

— Das Schöffengericht in Halle a. S. verurtheilte den Parteigenossen August Groß wegen Verhinderung einer unzulässigen Zerkleinerung zu 9 M. Strafe und zum Tragen der Kosten. Gegen das Urtheil ist Berufung eingelegt, da Groß bei der Anmeldung der Märzfeier, um die es sich handelt, auch die Erhebung eines Eintrittsgeldes angemeldet und die Polizei das damals nicht verboten hatte, sondern erst kurz vor Beginn der Feier, als nach Angabe der Polizei einzelne Besucher mehr als 15 Pf. Entree zahlten, wie ursprünglich festgelegt war. Diese Angabe der Polizei, sowie die, daß im Saale Listen zirkulirten, wonach laut Aufschrift zur Deckung der Tageskosten Beiträge gesammelt würden, beide Angaben der Polizei, die übrigens von dieser beschworen wurden, werden von den Parteigenossen für unrichtig betrachtet. Im „Volksblatt“ werden deshalb diejenigen Theilnehmer an der Feier, die wirklich mehr als 15 Pf. Eintrittsgeld bezahlt haben oder eine Liste mit der erwähnten Aufschrift im Saale zirkuliren sahen, ersucht, sich zu melden.

— Aus Pirna wird gemeldet, daß der sozialdemokratische Verein daselbst von der Amtshauptmannschaft aufgelöst worden ist, weil dessen Vorstand sich geweigert hat, eine Liste sämtlicher Mitglieder aus der Amtshauptmannschaft einzureichen. Der Vorlesende hält nur die Polizeibehörde von Pirna, wo der Verein seinen Sitz hat, für berechtigt, ein Mitglieder-Verzeichniß zu fordern. Der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wird dazu noch geschrieben: Pirna hat revidirte Städteordnung. Die Amtshauptmannschaft hat deshalb nicht das geringste in Verwaltungsangelegenheiten des Stadtraths hineinreden. Dem Stadtrath war bis Sonnabend, nachdem sich die Verfügung schon in den Händen des Vorstehenden befand, noch nicht das geringste von derselben bekannt. Auch vom Stadtrath wurde auf Befragen des Vorstehenden die Verfügung für bedenklich erklärt; dem Verein wurde es von dieser Behörde noch am Sonnabend, nachdem die Auflösung längst von der Amtshauptmannschaft verfügt, gestattet, in Pirna eine Versammlung abzuhalten. Die Konsequenzen der amtshauptmannschaftlichen Verfügung sind so tief einschneidend in Beziehung auf das so schon arg beschneidene Vereins- und Versammlungsrecht, daß wir uns veranlaßt fühlen, die Sache eventuell bis zur letzten Instanz durchzusetzen. Wir würden z. B. in unserem Wahlkreise in die Lage kommen — sollte das Verlangen der Amtshauptmannschaft rechtliche Sanktion erhalten — an vier bis fünf Behörden unter Umständen Mitgliederlisten einreichen zu müssen.

— Emil Rosenow, der Redakteur des Chemnitzer „Beobachters“, hat am 6. Mai eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten. Die Aufforderung zum Erscheiten vor ihm erst am 5. Mai zugegangen; trotzdem bewilligte ihm die Staatsanwaltschaft die paar Tage Aufschub nicht, den er zur Ordnung seiner Verhältnisse erbeten hatte.

— Die Nummer 93 der „Thüringer Tribüne“ vom 21. April wurde wegen des in der Beilage veröffentlichten Artikels „Soldatenleben“ beschlagnahmt. Die Redaktion hatte dem Artikel die Bemerkung beigefügt: „Wegen dieses Feuilleton-Artikels wurde die freisinnige „Ulmer Zeitung“ auf Veranlassung des Oberamtes Ulm konfiskirt; nachdem aber die Reichsanwaltschaft die Verfolgung des Blattes „wegen Aufforderung zum Hochverrath“ abgelehnt hatte, wurde die konfiskirte Nummer wieder freigegeben.“

— Was die Konfiskation bedeuten soll, entzieht sich danach aller Berechnung.

— Das Schöffengericht in Gotha verurtheilte den Redakteur des dortigen „Volksblatts“, J. J. J. J., wegen Beleidigung des Polizeiergenten Engelhaupt in Wehlis zu 2 Monaten Gefängnis. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt. — Im Anschluß hieran sei berichtet, daß derselbe Parteigenosse nicht, wie gestern irrthümlich berichtet wurde, wegen Beleidigung eines Landraths, sondern wegen Beleidigung eines Landwirths zu 36 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt wurde.

## Soziale Ueberlicht.

**Ueber sächsische Hungerlöhne** schreibt man uns aus Zwickau: Was in den Spinnereien hiesiger Gegend für Löhne gezahlt werden, dafür liefert uns die Fabrik von E. Schmelzer sen. in Lichtentanne einen Anhalt. Die Lohnzahlungen sind dort vierzehntägig und es verdienen die in Alford arbeitenden 11 Spinner auf je 2 Maschinen in diesem Zeitraum 36—42 M. Der Höchstlohn der Färbearbeiterinnen ist pro Stunde 11 Pf. Den niedrigsten Lohn beziehen die jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren, 22 an der Zahl, welche nur 6 Pf. erhalten, was bei zehnstündiger Arbeitszeit 60 Pf. pro Tag macht. Die Arbeitszeit der Erwachsenen ist 130 Stunden in zwei Wochen. Dazu kommt noch jeden Sonnabend eine Puhstunde, die nicht bezahlt wird. Die Inhaber der Firma, drei Gebrüder Schmelzer, dienen sämtlich bei der Kavallerie. Die Reiterpferde und Karossen, welche diese Herren besitzen, veranlassen keinen Nothstand. —

Bei dieser erbärmlich schlechten Bezahlung der Arbeiter hat es die sächsische Textilindustrie natürlich leicht, auf dem deutschen Markte alle Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Unter solchen Umständen ist die behördliche Verfolgung der Gewerkschaften in Sachsen nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für das nicht sächsische Unternehmertum von Schaden. Es ist also nichts weniger als ein Zeichen von sozialpolitischem Scharfsinn, wenn die Verfolgung der Arbeiterbewegung durch viele sächsische Behörden bei den Regierungsorganen anderer deutscher Bundesstaaten Beifall und Unterstützung findet.

**Vom Siegeszug der Maschine.** Aus Rappoltsweiler wird in der bürgerlichen Presse berichtet, daß die Aktiengesellschaft E. Weisgerber, die mehrere Fabriken in Rappoltsweiler und Pöhlthalen in Hunauweiler und Bergheim besitzt, beschlossen hat, die Handweberei ganz einzustellen zu lassen und nur noch mechanische Weberei zu treiben. Die Handwebstühle werden beseitigt und mechanische Webstühle angeschafft, weil sonst die fremde Konkurrenz in der Stofffabrikation nicht mehr zu bekämpfen ist. Die Fabrikleitung hat sich mit schweren Herzen zu diesem Schritte entschlossen, da sie dadurch gezwungen ist (was bereits geschehen), etwa acht ihrer besten und ältesten Beamten den Dienst zu kündigen. Es sind Leute darunter, welche 35 bis 50 Dienstjahre haben, Familienväter sind und plötzlich mit kurzer Kündigungsfrist brotlos werden. Auch eine große Anzahl Arbeiter wird überflüssig und auswandern müssen. — Soweit der Bericht. Die bürgerliche Weisheit steht solchen Erscheinungen gegenüber wie einem Fatum, gegen das nichts zu machen ist. Und doch ist es nicht schwer, einzusehen, daß das Elend, was die an sich äußerst nützliche Einführung von Maschinen heute im Gefolge hat, sich sehr wohl vermeiden läßt. Freilich darf man den Weg zum Sozialismus nicht scheuen. Daran denkt ein gut bürgerlicher Kopf aber erst dann, wenn es ihm selbst einmal an den Stragen geht.

## Gewerkschaftliches.

**An die Barbiergeschillen!** Heute Abend 10 Uhr findet im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße, eine Versammlung für unsere Berufsangelegenheiten statt. Kollegen für unsere Forderung: Schluß der Geschäfte um 9 Uhr, haben die Arbeiter Berlins ihre eifrige Unterstützung zugesagt. Jetzt gilt es weitere Schritte zur Erreichung unserer gesteckten Ziele zu unternehmen und hoffen wir von unseren Kollegen, daß sie durch einen zahlreichen Besuch der Versammlung zeigen, daß es ihnen ernst ist mit der von der Organisation vertretenen Sache. J. A.: Franz Starosson.

**An die Parquethodenleger Berlins!** Laut Versammlungsbeschluss vom 1. April sollen unsere Branchen-Versammlungen alle 14 Tage stattfinden und ist uns dieses von der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes auch bis auf weiteres bewilligt worden. Kollegen, es ist aber auch Pflicht jedes Bodenlegers, in den Versammlungen zu erscheinen und nicht wie in der letzten Versammlung durch Abwesenheit zu glücken. Außerdem rufen wir allen Kollegen, welche dem Verband fernstehen, zu: „Organisirt Euch!“ Denn nur eine kraftvolle Organisation vermag den ewigen Lohnrückstufen in unserer Branche Einhalt zu gebieten. Beschämend für uns ist es, daß im Bodenlegergewerbe, obwohl durchschnittlich in demselben Leute reiferen Alters arbeiten, nur vielleicht 85 pCt. der Kollegen organisiert sind. Also nochmals, Kollegen, organisirt Euch, laßt den unheilvollen Indifferentismus fallen und bessere Zustände werden auch in unserem Beruf eintreten.

**Auf dem Bau Kronprinzendamms und Bornstädterstraßen.** Ende in Dalessee wurden am Sonnabend 6 Arbeiter entlassen, weil sie am 1. Mai feierten. Von der Entlassung einiger anderer Arbeiter, die sich dasselbe Vergehen zu schulden kommen ließen, wurde nachträglich Abstand genommen.

**Der Zug von Tischlern** ist ferngehalten: nach Barel (Zietzen's Werkstatt), Hohlbach bei St. Ingbert (Wagner's Werkstatt), Buzlau i. Schl. (Kahlitz's Werkstatt) und Bern in der Schweiz (Birna Margiti); von Wildhauern und Kleibern nach Lauterberg (Hilgeleit); von Drechsler nach Lübben (P. Binde-mann); von Steinmetz- und Hornknopf-Drechsler nach Schmölle in S.-A.

**Der Streik der Knopfabriker in Schmölle** dauert unverändert fort. Die Löhne sind derartig heruntergedrückt, daß die Arbeiter unmöglich eine weitere Herabsetzung, wie sie seitens der Fabrikanten durch Einführung des Einheitslöhns beabsichtigt war, annehmen können. Seit sieben Wochen harren die Streikenden, die erst kurze Zeit organisiert sind, aus und richten an die organisierte Arbeiterchaft die Bitte, sie in dem Kampfe zu unterstützen. Adresse: Wilhelm Baldig, Schmölle, S.-A.

**Der Streik in Dortmund** dauert unverändert fort. Bis jetzt haben 22 Meister die Forderungen bewilligt. Die bürgerlichen Blätter suchen den Anschein zu erwecken, als ob der Streik beendet sei. Dem ist nicht so. Die Maler Deutschlands werden vielmehr ersucht, den Zug nach wie vor fernzuhalten, damit der sehr günstig stehende Ausstand ganz gewonnen wird.

**Aus Magdeburg** wird über eine interessante Gerichtsentscheidung gemeldet: Die in einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung gewählte Gewerbe-Beschwerdekommision betrachtete die hiesige Polizei als einen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes und forderte das Mitglied Gorgas auf, er solle — als „Vorsteher“ — Statuten und Mitgliederliste binnen 3 Tagen der Behörde einreichen. Gorgas that das aber nicht, weil die Kommission kein Verein ist. Er erhielt nun ein Strafmandat, gegen das er auf gerichtlichen Entscheid antrug. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht erhielt Gorgas, zu dessen Vertretung der Parteigenosse Görtner erschienen war, Recht. Die Frage, ob die Kommission als ein Verein zu betrachten ist, wurde verneint, weil ein Verein eine Erwerbung der Mitgliedschaft voraussetzt, was hier nicht zutrifft. Mit Verneinung dieser Frage fielen die beiden andern, ob Gorgas „Vorsteher“ ist und ob der Verein sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt.

**Der bayerische Bundesraths-Bevollmächtigte** gab auf die bekannte Rede Grillenberger's, worin u. a. das Verbot der Theilnahme von Frauen an beruflichen Versammlungen gerügt wurde, im Reichstage kürzlich die Erklärung ab, in Bayern würden den Gewerkschaften keine Hindernisse in den Weg gelegt. Dazu bemerkt die in Hof erscheinende „Oberfränkische Volkszeitg.“: „Der Herr scheint nicht genügend informiert gewesen zu sein, sonst hätte er wissen müssen, daß es gerade Gewerkschaftsversammlungen sind, die stets dem Verbote verfallen. Gerade in Hof mit unserem national-liberalen Stadregiment hat noch keine einzige Versammlung stattfinden dürfen, an der Frauen oder Kinderjährlinge theilnehmen können. Eigentlich befinden sich die Behörden mit ihren Verböten in einem unlöslichen Widerspruch, denn sie können es nicht verbieten, daß Frauen und Kinderjährlinge den Gewerkschaften als Mitglieder beitreten; trotzdem verjagen sie es den Frauen, solche Versammlungen zu besuchen, in denen sie über die Bedeutung der Gewerkschaften aufgeklärt werden sollen. Freilich werden die Gewerkschafts-Versammlungen nicht direkt als solche verboten, denn das könnte man nicht; doch die allmächtige Polizei mit ihren famosen Rechtsfindungen weiß sich schon zu helfen; sie stampelt die gewerkschaftlichen öffentlichen Versammlungen einfach zu politischen Versammlungen der sozialdemokratischen Partei, die man wiederum als einen über ganz Deutschland verbreiteten Verein hinstellt und im Ansehn ist aus der völlig harmlosen Gewerkschaftsversammlung eine politische Vereinsversammlung geworden, auf die der Stachelbaum-Paragraf 15 des bayerischen Vereinsgesetzes Anwendung findet. Diese polizeiliche Verwandschaftskunst ist wirklich erschauend, nicht minder aber auch die polizeiliche Logik. Daraus, daß Referent und Einberufer einer Gewerkschaftsversammlung Sozialdemokraten — „amtsbekannte“ heißt's im Polizeijargon — sind, wird geschlossen, daß es sich um politische Zwecke handelt. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, wenn der Redner das politische Gebiet eventuell betreten würde, dann sitzt ja der Ueberwachende dort, der dann seine Machtvollkommenheit, sei es durch Veranlassung der Wortentziehung oder durch Auflösung der Versammlung, zeigen kann. Auf alle Fälle aber ist ein vorheriges Verbot ungeschicklich, denn die Polizei kann im voraus nicht wissen, was in der Versammlung gesprochen wird. Wenn die bayerische Polizei so fort macht, dann wird sie dieselben Erfahrungen, wie die „freund-nachbarliche“ sächsische Polizei machen müssen. Druck erzeugt Gegendruck und je mehr die Arbeiterchaft mit polizeilichen Schikanen belästigt wird, desto rascher vollzieht sich der Uebergang ins sozialdemokratische Lager.“

Der bayerische Bundesraths-Bevollmächtigte ist nun wohl so freundlich, im Einklang mit seiner Versicherung im Reichstage energisch darauf hinzuwirken, daß künftig in Bayern den Gewerkschaften in Wahrheit keine Hindernisse mehr bereitet werden.

**Der Streik der Budapestster Steinmetzen** ist infolge Zugangs von Arbeitern aus Italien und Mähren zu ungünstigen der Arbeiter beendet. Die Arbeit mußte, abgesehen von einer kleinen Kenderung in der den Arbeitern auf-otropten Arbeitsordnung bedingungslos wieder aufgenommen worden.

**Der nationale Arbeitersekretär** in Amsterdam ersucht dringend, den Zugang von Tischlern von Amsterdam fern zu halten, da sich dort ca. 400 Tischler im Ausstand befinden.

**In Zimmereppel** in der Rheinprovinz haben die Bergarbeiter der belgischen Gesellschaft Wierles Montagne wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Das die Lohnverhältnisse ganz elend sind, muß selbst die „Köln. Volkszeitung“ zugeben. Sie sagt, daß ganze Familien mit einem Monatslohn von etwa 40 M. bei mindestens täglich achtstündiger Arbeit eine menschenwürdige Existenz nicht fristen können, leuchte jedem ein, der für die arbeitende Klasse auch nur das geringste Mitleid habe. Das ultramontane Blatt lobt dann die dortigen Arbeiter, die sich von jeder durch entchiedenes Ablehnen sozialdemokratischer Werbungen auszeichnet und auch in diesem Falle eine sozialdemokratische Unterstützung abgelehnt hätten. — Wir wissen nicht, bemerkt dazu die Elberfelder „Freie Presse“, von wem diese sozialdemokratische Unterstützung den Arbeitern angeboten worden sein sollte, daß aber wissen wir, daß für Arbeiter, die von einer reichen ausländischen Gesellschaft bis auf die Knochen ausgebeutet werden und mit 40 Mark pro Monat eine Familie ernähren sollen, auch bald die Zeit kommen wird, wo sie auf die bekannten Phrasen von der Vaterlandslöslichkeit der Sozialdemokratie zu pfeifen werden. Der Streik ist jedenfalls schon ein Stück Klassenkampf und wird zur weiteren Entwicklung des Klassenbewußtseins beitragen.

## Depeschen.

### Wolff's Telegraphen-Bureau.

**Wien, 8. Mai.** Einer Witterungsmeldung aus Brunn zufolge explodirte daselbst gestern Abend 9 Uhr im Vorgarten eines Gahhauses eine Bombe. Durch die Explosion wurde niemand verletzt, auch kein sonstiger Schaden angerichtet. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Attentat von denselben Thätern ausgeführt worden ist, welche die drei vorhergehenden Attentate verübt haben.

**Brüssel, 8. Mai.** Der Ausstand der Arbeiter in den Steinbrüchen von Genußmes, welcher einen Monat dauerte, ist jetzt infolge Verständigung zwischen den Besitzern und den Arbeitern beendet.

**Verbiers, Mittwoch, 8. Mai.** Der Ausstand der Knopfabriker in den Spinnereien währt bereits über vier Wochen. Zahlreiche Tuchfabrikanten drohen unter diesen Umständen, ihre Fabriken zu schließen, wenn die feindlichen Arbeiter nicht nachgeben. Dadurch würde die Lage aller Arbeiter in diesen Fabriken eine sehr ernste. Infolge der Intervention des Bürgermeisters haben die Besitzer beschlossen, ihre Entschließung um acht Tage hinaus-zuschieben.

**London, 8. Mai.** (Unterhaus.) Knog beantragte die zweite Lesung der Bill betreffend die Aufhebung des Zwangsgesetzes für Irland. Der Chefssekretär für Irland, Morley, stimmte dem Antrage zu, bekräftigte jedoch die Aufrechterhaltung einiger Bestimmungen des Zwangsgesetzes. Gegen das Ende der Rede des Chefssekretärs erhob sich O'Donovan-Rossa, der auf der Fremdentribüne der Sitzung bewohnte, und rief laut: In diesem Hause ist ein tödtlicher Streich gegen meinen Namen geführt und meine Ehre bestraft worden. Darum will ich sagen, — Weiter konnte Rossa nicht sprechen, denn er wurde ergriffen und sogleich aus dem Hause entfernt; auch wurde Anweisung gegeben, denselben nie wieder einzulassen.

### (Depeschen-Bureau Herald.)

**Frankfurt a. M., 8. Mai.** Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Rom gemeldet wird, berichtet die dortigen Blätter von einem Unfall, der den Fußzug kürzlich auf der Fahrt von Venedig nach Rom betroffen hatte. Die Untersuchung ist eingeleitet. Ein radikales Blatt meint, der Unfall sei nicht zufällig gewesen. Der König kam mit dem bloßen Schreden davon; einzelne Personen seines Gefolges erlitten leichte Verletzungen.

**Belgrad, 8. Mai.** Ministerpräsident Ghrisic hat im Auftrage des Ministeriums die Demission des ganzen Kabinetts dem Könige überreicht. In eingeweihten Kreisen wird erzählt, General Sava Gruic werde die Neubildung des Kabinetts übernehmen.

**London, 8. Mai.** Aus Havanna wird gemeldet, der Rebellenführer Maceo habe in der Nähe von Ciego einen Personenzug zum Entgleiten gebracht. Zahlreiche Personen sollen umgekommen sein. Unter der Bevölkerung herrscht über die That Maceo's große Erbitterung.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 8. Mai. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Fürst zu Hohenlohe, Nieberding, v. Koller, Schöndert, Bronsart von Schellendorf, später auch Graf v. Posadowsky, Graf Lerchenfeld und sehr zahlreiche Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse.

Die Verhandlung beginnt auf Vorschlag des Präsidenten v. Kuol mit § 111, welcher nach dem Vorschlage der Kommission lautet:

„Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zu Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.“

§ 111 der Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu 600 M. oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu 2000 M. ein. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise zu einem Verbrechen (zum Gebrauch oder) zu einem der in den §§ 115, 124, 125, 166, 167, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Strafe darf der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedroht.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Vom Abg. Barth (fr. B.): Der Reichstag wolle beschließen: im § 111 (der Kommissionsfassung) a) die §§ 201, 205 (welche das Duell betreffen) vor § 240 einzufügen; b) statt der Worte: Gleiche Strafe trifft denjenigen . . . (bis) anpreist oder rechtfertigt: zu setzen: Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ . . . vorgesehenen Vergehen in der Absicht anpreist oder als erlaubt darstellt, dadurch zur Begehung der bezeichneten strafbaren Handlungen anzureizen.

2. Von den Abg. v. Levetzow (D.) und Genossen: Den Absatz 2 des § 111 des Strafgesetzbuchs durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: § 111 der Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu zweitausend Mark ein.

Die im vorigen Absatz angedrohten Strafen treffen auch denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Art ein Verbrechen, den Gebrauch oder eines der in den §§ 115, 114, 115, 124, 125, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen in einer Weise anpreist oder rechtfertigt, die geeignet ist, andere zur Begehung solcher strafbaren Handlungen anzureizen.

Die auf Grund der beiden vorhergehenden Absätze zu verhängenden Strafen dürfen jedoch der Art oder dem Maße nach keine schwereren sein, als die für die Handlung selbst angedroht.

Die §§ 166 und 167 waren in der Vorlage nicht enthalten; sie betreffen die Gotteslästerung, die Beschimpfung der Kirche, die Säkularisation und Behinderung des Gottesdienstes.

Die übrigen Paragraphen betreffen (115) die öffentliche Zusammenrottung; (124 und 125) die Anreizung zu Gewaltthaten; (240) Bedrohung mit einem Verbrechen; (242) den Diebstahl; (305) Zerstörung fremden Eigentums etc.; (317) Zerstörung von Betriebsanlagen der Telegraphen und (321) Zerstörung von Schleusen, Dämmen etc.

Reichsanwalt Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst: Meine Herren, gestatten Sie mir, gleich zu Beginn der Diskussion über § 111 einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Ich thue dies, um meine Ansichten vom allgemeinen Gesichtspunkte aus gleich zusammenzufassen, um bei den einzelnen Paragraphen Wiederholungen zu vermeiden.

Meine Herren, schon bei der ersten Lesung habe ich Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß das Gesetz, betreffend die Änderungen und Zusätze zum Strafgesetzbuch, nicht hervorgegangen ist aus allgemeinen theoretischen Erwägungen, sondern veranlaßt wurde durch die mehr und mehr sich geltend machende Ueberzeugung, daß die Grundlagen des religiösen und sittlichen Lebens, daß die Achtung vor den überkommenen Einrichtungen unserer Staatsordnung, daß der Gehorsam gegen das Gesetz und das Ansehen der Obrigkeit erschüttert sind. Eine Umkehr schien nöthig und Maßregeln wurden gefordert und erwartet, die zur Wiederherstellung und Festigung jener Grundlagen führen konnten. Je größer die Beforgnis vor revolutionären und anarchischen Ausschreitungen war, um so stärker trat an die Regierung die Forderung heran, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen.

Als nun die verbündeten Regierungen dieser Forderung durch eine Reform des gemeinen Rechts zu entsprechen unternahmen, konnten sie sich der Hoffnung hingeben, daß sie der Zustimmung wenigstens des Theils der Bevölkerung sicher sein würden, der am lautesten nach Schutz und strengeren Strafbestimmungen gerufen hatte. (Sehr gut! Große Heiterkeit.) Und als bei der ersten Beratung angegebene Mitglieder dieses hohen Hauses sich im gleichen Sinne ausgesprochen, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß aus den Beratungen der Kommission ein Gesetz hervorgehen werde, das dem Zweck der Vorlage entspräche. Diese Hoffnung ist nun zum Theil in Erfüllung gegangen. (Hört! hört!)

Im Laufe der Kommissionsverhandlungen vermehrten sich zusehends die Feinde der Vorlage. Anträge wurden in der Kommission gestellt, die die Ausenstehenden erschreckten. (Sehr richtig!) Und wenn diese Anträge auch nur zum Theil zur Annahme gelangten, so vermehrten sie doch den ungünstigen Eindruck. Von vielen Seiten erhoben sich Warnungsrufe, vielleicht auch von solchen, die das Gesetz gar nicht einmal gelesen hatten, und es wurde der Reichsregierung und dem Reichstage der Vorwurf gemacht, daß sie die Gewissensfreiheit des deutschen Volkes beschränken wollten, während doch nur beschimpfende und den öffentlichen Frieden gefährdende Äußerungen, keineswegs aber wissenschaftliche Kritik unter Strafe gestellt werden sollen.

Ueberhaupt verstehe ich die Herren nicht, die Entrüstungsversammlungen abhalten. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Ich habe eine so hohe Meinung vom Verstand der Decker, als daß ich es wagen möchte anzunehmen, es könne die Gesetzesarbeit eines deutschen Philosophen, es könne der große, weltbewegende Kampf der Geister und der Fortschritt der Menschheit gehemmt werden durch gesetzliche Bestimmungen, die öffentliche beschimpfende Äußerungen unter Strafe stellen.

Vielleicht hat zu den Beforgnissen und Mißverständnissen auch beigetragen, daß die Kommission Materialien in das Gesetz hineingebracht hat, die demselben früher in dem gleichen Maße ferngeblieben waren. Während die Vorlage vor allem die Stärkung der Staatsgewalt und den Schutz der öffentlichen Ordnung im

Auge hatte und deshalb vor allem die Abschnitte VI und VII Theil II des Strafgesetzbuchs in den Kreis ihrer Vorschläge zog, erstrecken sich die Änderungen der Kommission vorzugsweise auf das Gebiet der strafbaren Handlungen gegen Religion und Sitte (Abschnitt XI und XII des Strafgesetzbuchs), ja, sie wollen dieses Gebiet noch erweitern. Dagegen sind gerade diejenigen Bestimmungen, die auf die Festigung der Staatsordnung, der Staatsgewalt bezug haben, ziemlich flüchtig behandelt.

So hat die Kommission in § 111 die Verherrlichung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die recht eigentlich in den Rahmen dieses Gesetzes gehört, beseitigt dadurch, daß sie die Bezugnahme auf den § 113 des Strafgesetzbuchs gestrichen hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Reichstag diesen Paragraphen wieder einlegen wird, um so mehr als es sich ja nicht um passiven Widerstand handelt, sondern nur um den Widerstand mit Gewalt, Bedrohung und thätlichem Angriff. Eine Ausschließung dieses Paragraphen würde eine Schwächung der Vorlage mit sich bringen, die sehr zu bedauern wäre.

Was nun den zweiten Theil des § 111 anbelangt, so kann ich in dem Vorschlag der Kommission keine Verbesserung erkennen. Die Vorlage will den treffen, der vor der Öffentlichkeit Verbrechen und Vergehen anpreist, dieselben als erlaubt darstellt, sofern die hieraus sich ergebende Verwirrung des Rechts- und Sittlichkeitsgefühls die Gefahr in sich trägt, daß die Neigung zur Begehung ähnlicher strafbarer Handlungen hervorgerufen oder gesteigert wird. Die Kommission will aber nur dann strafen, wenn der Thäter andere zur Begehung strafbarer Handlungen anreizt. Darin sehe ich eine Abschwächung des Gesetzes, zu der ich kein genügendes Motiv erkennen kann.

Ebenso halte ich es juristisch nicht zu rechtfertigen, wenn die Anpreisung von Handlungen mit Strafe bedroht wird, die, wenn auch sittlich zu verurtheilen, dennoch nach dem geltenden Recht nicht strafbar sind.

Im übrigen kam ich mit, was den § 111 betrifft, dem Antrag der Herren Abgeordneten v. Levetzow und Genossen angeschlossen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich über eine Form des Gesetzes zu verständigen, die der Regierung die Mittel an die Hand gibt, revolutionären Bestrebungen mehr als bisher mit der nöthigen Kraft entgegen zu treten.

Abg. Barth (fr. B.): Die elegische Kritik der Kommissionsbestimmung seitens des Reichstages kann und nur erfreulich erscheinen; hoffentlich verzichtet die Regierung, wenn diese Vorlage abgelehnt ist, nicht bloß für jetzt, sondern für die Dauer auf ähnliche Vorlagen. Es scheint ja auch bei den einstigen Freunden der Vorlage allmählich der Gedanke durchgedrungen zu sein, daß die Vorlage nicht Gesetz werden dürfte. Der Fortschritt der Menschheit wird allerdings durch dieses oder ein ähnliches Gesetz nicht aufgehalten werden, aber wenn man dieser Ueberzeugung ist, dann sollte man auch nicht einmal den Versuch machen, den Fortschritt der Menschheit durch diese und ähnliche reaktionäre Maßregeln aufzuhalten.

Im § 111 ist die Erhöhung der Strafbestimmungen für die Aufforderung zu Verbrechen und Vergehen, wenn sie ohne Erfolg geblieben ist, eine unerhebliche Sache, denn es sind nur wenige Fälle dieses Vergehens vorgekommen. Bedenklicher ist aber der Rest des § 111, auf welchen die Kommission viel Zeit und große Mühe verwendet hat. Was heißt: „zu einem Vergehen dadurch anzureizen, daß man eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt.“ Soll das gegenüber der Regierungsvorlage eine Milderung sein? Soll die Anpreisung nur dann bestraft werden, wenn darin ein Anreiz liegt? Das würde nahezu identisch mit dem Antrage der Konservativen sein. Danach würde also nicht jede Anpreisung strafbar sein, sondern nur diejenige, welche geeignet ist, anzureizen. Dadurch verliert die Bestimmung aber jedes objektive Merkmal und es bleibt alles dem subjektiven Ermessen des Richters überlassen. Darin liegt das schwerste Bedenken. Da muß der Richter prüfen, wie der Kreis der Zuhörer oder Leser beschaffen war; ferner ob der Thäter der That verdächtig ist oder ob man von ihm annehmen kann, daß er keine strafbare Handlung befürwortet. Wenn ein Richter zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Sozialdemokratie Gewalt anwenden will, wird er immer einen Sozialdemokraten als dringend verdächtig betrachten. Das ist bei den politischen Vergehen, um die es sich meist handelt, eine bedenkliche Sache, da auch die Staatsanwaltschaft rein auf diskretionäres Ermessen angewiesen wird. Ein solcher Zustand ist zu beklagen, nicht bloß im Interesse des Beklagten, sondern auch der Staatsanwaltschaft und der Justiz überhaupt, weil sich immer der Verdacht geltend machen wird, daß hier kein Akt der Gerechtigkeit ausgeübt worden ist. (Sehr richtig! links.)

Redner verweist auf seinen Antrag, der die Absicht in das Gesetz hineinzubringen will, der aber trotzdem noch mancherlei Bedenken mit sich bringt. In den Motiven der Vorlage heißt es: „Rehters (das Auffordern zu strafbaren Handlungen) geschieht häufig in der Weise, daß zwar die Gefährlichkeit der Handlung nicht in Abrede gestellt, diese aber vom Standpunkt einer angeblich gerechteren Weltanschauung zu entschuldigen oder zu beschönigen versucht wird.“ Das thut aber alle tragische Poesie der Antikone des Sophokles bis zu Schiller's Tell oder Hauptmann's Webern; es handelt sich immer um einen Konflikt zwischen dem bestehenden Gesetz und einer höheren Weltordnung. Es wird aber doch niemand daran denken wollen, diese Poesie zu verbieten. Schiller's Tell wird wohl nicht verboten werden; aber es giebt andere dramatische Werke, die nicht so geschützt sind vor den Angriffen der Staatsgewalt. Eine dramatische Glorification einer verbrecherischen Handlung kann schließlich viel mehr erreichen als die blutige Rede der Anarchisten.

Ein Beispiel sind auch die Vorgänge in Fuchsmühl. In den Köpfen der Fuchsmühler Bauern war der Gedanke entstanden, daß sie auf Grund des zu ihrem Gunsten erlassenen ersten Urtheils berechtigt seien zum Holzschlagen. Sie widerstehen sich daher der bewaffneten Macht, welche sie daran verhindert. Die Fuchsmühler Bauern sind bestraft; aber daß es nicht gestattet sein sollte, diese Vorgänge zu beschönigen, das ist doch etwas seltsam. Die öffentliche Meinung hatte sich nicht gescheut, diese Vorgänge zu beschönigen. Alle diese Beschönigungen müßten nach der Vorlage verfolgt werden. Gerade in diesem Falle ist man allgemein der Meinung, daß das Begnadigungsrecht eintreten müsse. Aber man sagt: Diese Tinge sollen gar nicht getroffen werden, sondern nur die Brutalitäten der sozialdemokratischen und anarchischen Presse. Aber wenn man dieses Unkraut ausrotten will, dann reißt man den fruchtbaren Weizen auch mit aus. Damit wird die Pressefreiheit beseitigt.

Man hat sich zur Begründung immer auf die „Möglichkeit der Freiheit“ berufen. Aber die Brutalität derselben hat in Deutschland fast gar keinen Eindruck gemacht. (Zustimmung links.) Ohne die Keltane, welche die Unterdrückung der „Freiheit“ mit sich gebracht hat, wäre der Eindruck wohl ein noch viel kleinerer gewesen. (Zustimmung links.) Die sozialdemokratische Presse lenkt immer mehr ab von dieser revolutionären Kraftmeierei und lenkt ein in die Bahnen reformatorischer Ideen. Die Führer haben dazu beigetragen, die Neigung zu revolutionären Phrasen zu unterdrücken, so daß der Anarchismus in Deutschland eine geringere

Stolle spielt, als in anderen Ländern. Es liegt auch gar nicht im Interesse der sozialdemokratischen Partei, den gegenwärtigen Staat umzuküpfeln. In der Kommission aber waren diejenigen, welche sich als die tüchtigste Stütze von Thron und Altar darstellten, bemüht, den Sozialdemokraten nachzuweisen, daß das Gegentheil in ihrem Interesse läge.

Man sollte den naturgemäßen Gang der Entwicklung nicht unterbrechen durch solche Gesetzgebung, welche die Meinungsfreiheit stört. Auch auf anderem Gebiete wäre es wünschenswerth, daß der Bürger sich etwas stärkere Nerven anschafft. Ohne das englische Bürgerthum wäre die Sozialdemokratie niemals mit ihrem Erfolge so weit gekommen, wie sie gekommen ist. Ich kann daher nur auf das dringendste raten, die gesammte Umsturzvorlage, zunächst jedenfalls den § 111 abzulehnen. (Zustimmung links.)

Abg. v. Mantuffel (L.): Die Ausführungen des Abg. Barth sind meist schon in der Kommission vorgebracht worden; ich kann daher die Widerlegung den Mitgliedern der Kommission überlassen. Die letzten Ausführungen zwingen mich aber, auf dieselben einzugehen. Er hat, wenn ich nicht irre, gesagt, ob wir es für wünschenswerth halten, wenn die Moskische „Freiheit“ hier im Reichstage ausgelegt würde. Hier im Reichstage würde das Auslegen der „Freiheit“ von einem gewissen Vortheil sein, denn den Sozialdemokraten würde das recht unangenehm sein, wenn die klare Darlegung der Moskischen Bestrebungen unverblümt zu Tage treten würde. Würde aber die „Freiheit“ ungehindert gelesen von aller Welt, so würde daraus eine große Schädigung entstehen. Daher hätte Herr Barth lieber das nicht sagen sollen. (Zuruf des Abg. Barth: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Herr Barth meint, die Sozialdemokratie sei eine reformatorische Partei geworden. Das bezweifle ich und mit mir ein großer Theil des deutschen Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozialdemokratie auch jetzt eine bürgerliche Tendenz angenommen hat, so ist die Gefahr dadurch nur gesteigert, weil sie sich ein Deckmäntchen zur Tarnung der Unbefangenen ungenommen hat. Vorsichtig genug sind die Herren; mit ihren eigentlichen Tendenzen treten sie nicht hervor, so lange sie dieselben nicht ausführen können. Dann werden aber Herrn Barth die Augen übergehen. (Heiterkeit links; Zustimmung rechts.) Ich bin der Ueberzeugung, daß deshalb in Deutschland vom Anarchismus weniger zu spüren ist, als anderwärts, weil das deutsche Volk noch zu sehr als ein christliches Volk fühlt, an der Liebe zu Gott und zum Heiland und an der Monarchie festhält. Auch die intakte Armee ist ein mächtiger Schutz gegen die Anarchie. In keinem anderen Lande ist auch für die ärmeren Volksklassen in der Art Fürsorge getroffen, wie in Deutschland, und diese positive Fürsorge hält den Anarchismus fern.

Herr Barth ging von dem Gedanken aus, daß unsere Richter eine ganz jämmerliche Klasse von Menschen sei, daß ihnen die Fähigkeit zum richtigen Urtheil fehle. (Widerspruch links.) Bei jedem Paragraphen des Strafgesetzbuchs kann dasselbe geltend gemacht werden, was Herr Barth angeführt hat. Ich bitte um die Annahme unseres Antrages und habe die Erklärung abzugeben, daß falls unser Antrag nicht angenommen werden sollte, wir nicht in der Lage sein würden, für den § 111 zu stimmen, und damit würden wir auch nicht in der Lage sein, für das Gesetz, wie es sich ferner gestalten würde, zu stimmen. Wir sind niemals Freunde der Umsturzvorlage gewesen, weder in der Fassung wie sie vorgelegt, noch wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist.

Wir erwarteten noch andere Gesetze von Seiten der verbündeten Regierungen, die uns in Aussicht gestellt waren. Ich erinnere nur an das Börsenreform-Gesetz, welches wir heute noch nicht haben, ferner an das Gesetz wegen des unfaulteren Wettbewerbs. Von den kleineren Mitteln zur Hebung der Nothlage der Landwirtschaft ist nur die Spiritusvorlage eingegangen. Dann haben wir aber auch thätlich nicht begriffen, warum der jetzige Reichsanwalt die Erbchaft seines Vorgängers übernommen hat. Wenn man nicht ein anderes Gesetz einbringen könnte, könnte man noch einige Wochen oder Monate warten, aber gerade diese nach allen Richtungen unbefriedigende Vorlage brachte man nicht zu übernehmen.

Die Bestimmungen nach militärischer Richtung hin befriedigen uns in keiner Weise. Ein Gutes hat die Vorlage gehabt, daß sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß, wenn man den subversiven Tendenzen beikommen will, man schwerlich auf dem Gebiete des gemeinen Rechts vorgehen kann. Diejenigen, welche immer gegen Ausnahme Gesetze gerufen haben, verhalten sich jetzt am ablehnendsten gegen die Vorlage.

Ich stehe nicht an, daß ich z. B. beim Volksschulgesetz das Versehen eines liberal-konservativen Wundnisses mit Freuden begrüßt habe. Aber bei dieser Vorlage hat ein solches Wundnis nicht bestanden, das ist nur ein Gespenst, das man an die Wand gemalt hat. Wenn die Vorlage als solche uns auch in keiner Weise befriedigt, so haben wir doch mit Freuden begrüßt die Worte Sr. Majestät des Kaisers, in denen er alle staatsrechtlichen Parteien zum Zusammenschluß aufforderte zum Kampfe für Ordnung, Sitte und Religion. (Zustimmung rechts.) Das einzige, was wir an der Kommissionsberatung mit Freuden begrüßt haben, ist das Hervorlehen der christlichen Anschauungen; aber im übrigen ist die Vorlage wesentlich verfehlter worden. Wir haben uns bemüht, durch unsere Anträge einigermaßen eine Besserung eintreten zu lassen. Der Staat hat das Recht, Maßregeln zu verlangen, um die schleichende Revolution und den Umsturz zu bekämpfen und wir haben die Pflicht, dem Staat die Waffen zur gründlichen Bekämpfung zu geben. Diese Waffen entziehen Sie ihm, wenn die §§ 113 und 114 aus dem § 111 entfernt werden. Es ist keine Frage, daß bei der Bekämpfung der Vorlage und namentlich dieser §§ 113 und 114 sich in den Versammlungen eine große Unkenntnis des Strafgesetzbuchs gezeigt hat. Man hat die Bestimmungen bekämpft, als wenn sie in der Vorlage stünden, während sie geltendes Recht sind. Während man aber uns schilt, wenn wir Propaganda für unsere Ansichten machen, macht man hier die lebhafteste Opposition an den ungeeignetsten Stellen, z. B. auf einer Berliner Versammlung, die in einem Wankt geendet hat. Gegen gewöhnliche Agitation soll den christlichen und monarchischen Staateseinrichtungen Schutz gewährt werden; das ist die Tendenz des Gesetzes. Die Mittel dazu wollen wir bewilligen und das ist nur möglich, wenn unser Antrag angenommen wird. (Zustimmung rechts.)

Abg. Auer (So.): Meine Herren, die Signatur ist augenblicklich da, daß es keiner gethan haben will. (Heiterkeit.) Jeder weiß die Vorlage von sich ab, und besonders diejenigen, um mit dem Herrn Reichsanwalt zu reden, welche vorher die lautesten Schreier waren, die wollen jetzt am allerweitesten fern vom Schusse sein. Man hat so lange nach einer derartigen Vorlage geschrien und sie verlangt, daß man sich selbst, scheint es, überschlagen hat.

Man hat sich am Wort berauscht und hat nicht daran gedacht, was dieses Schreiben wohl für Folgen haben könnte. Jetzt, wo das Kind ausgeht, und uns vorliegt und die ultramontane Anne dabei steht, die es dick und fett gefügt hat, jetzt erklären die Väter und Schreier nach diesem Geseh: nein, von diesem Wechselbalg wollen wir um Gotteswillen nichts wissen. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, wir sind ja darüber, daß es so gekommen ist, nicht böse, aber wenn der geehrte Herr Vorredner, der ja Erklärungen abgegeben hat, die durchaus nicht danach angethan sind, die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt zum Geseh zu machen, zu gleicher Zeit die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, diese Gesetzesvorlage in anderer Form, nicht auf dem Wege des gemeinen Rechts und Gesehs, sondern durch ein Ausnahmefeset wieder zu erwenden, so möchte ich doch auch davor warnen. Meine Herren, ist Ihnen diese Vorlage schon schlecht bekommen, eine zweite könnte Ihnen vielleicht noch viel schlechter bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wünschen Sie sich nicht darüber, meine Herren, das, was Sie erreichen wollen, die große Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen, das werden Sie nicht erreichen (sehr richtig! sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und wenn Sie Vorlagen machen, welche Sie wollen; da hilft Ihnen alles nichts, mit den Dingen müssen Sie rechnen. Und je klarer und vorurteilsloser Sie dieser großen in allen Kulturvölkern sich zeigenden Bewegung gegenüberstehen, desto eher werden Sie mit ihr fertig werden.

Nun, meine Herren, hat der Herr Reichskanzler in seinen allgemeinen Bemerkungen, mit denen er die Diskussion eingeleitet hat, einen Anspruch gethan, den auch wir sehr wohl unterschreiben können, von dem es nur überflüssig ist, daß er bei dieser Gelegenheit gethan werden konnte. Der Leiter der deutschen Reichspolitik meinte: Der Geistesfortschritt kann nicht durch Geseh gehemmt werden. Das ist richtig. Wenn man aber diese Ueberzeugung an leitender Stelle hat, wie kann man sich dann überhaupt dazu entschließen, einen Gesehentwurf, wie den vorliegenden, an die gesetzgebende Körperschaft zu bringen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie überzeugt sind, daß der Geistesfortschritt durch gesetzliche Gewaltmaßnahmen nicht aufgehalten werden kann, warum stellen Sie sich diesem Fortschritt dann in den Weg mit einem paar auf Papier geschriebenen Paragraphen, von denen Sie selbst sagen und erklären, daß Sie wissen, daß der Fortschritt an sich nicht aufgehalten werden kann. Wenn das aber auch richtig ist, daß der Geistesfortschritt nicht aufgehalten werden kann durch geschriebene Paragraphen, so hat doch aus der anderen Seite ein deutscher Mann, der doch von solchen Dingen auch etwas verstand, der große Goethe, schon das Wort ausgesprochen, daß man von jeder die Besten getreuzigt und verbrannt hat, und so ist es eben auch hier. Gewiss kann man den Geistesfortschritt nicht aufhalten. Man kann aber diejenigen, die ihm dienen und die ihn propagieren, in der grausamsten Weise mißhandeln, und hat sie zu allen Zeiten mißhandelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade eine Errungenschaft unseres Zeitalters, des Zeitalters des Dampfes, der Elektrizität, des Fortschritts auf allen Gebieten, sollte es sein, daß auch in der Gesetzgebung und in der Leitung der Staaten der Gedanke, den der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, in die Wirklichkeit überführt werde. Wenn man aber den Geistesfortschritt nicht glaubt durch Gesehsparagraphen aufhalten zu können, dann unterläßt man auch, derartige Gesehsentwürfe einzubringen. Nun, meine Herren, hat der Herr Reichskanzler ja auch in einer gerade nicht respektvollen Weise von der Protestbewegung gesprochen, deren Zeugen wir in den letzten Monaten gewesen sind, und der geehrte Herr Vorredner, der Führer der konservativen Partei, Herr Freiherr von Mantuffel, ist ja in dieser Beziehung den Wegen des Herrn Reichskanzlers gefolgt. Ich will nun für meine Parteigenossen und für mich erklären, daß wir dieser Protestbewegung auch mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüberstehen, schon um deswillen, weil die Beteiligten an dieser Protestbewegung eigentlich eine sehr gemischte Gesellschaft sind. (Heiterkeit.) Es ist alles mögliche und unmögliche dabei gewesen. Es haben sich die entgegengesetzten Elemente zusammengefunden. M. H., wir wissen, daß unter diesen Protestlern vor allem es auch solche gegeben hat, die gegen die Vorlage sind, weil sie ihnen nicht genug bietet. Wir wissen, daß unter den Protestlern — und das ist wohl der Hauptteil derselben — solche sind, die nur gegen ihren kirchlichen Anstrich protestieren, und es giebt allerdings eine kleinere, und wie ich von meinem Standpunkt aus annehme, beste Gruppe unter diesen Protestlern, die gegen diese wie jede derartig geartete Vorlage protestiert haben. Das sind die prinzipiellen Gegner. Von anderer Seite freilich wird über die Protestler anders geurteilt. So habe ich erst in diesen Tagen in dem leitenden Organ der Zentrumsparlei, in der „Germania“, gelesen, daß diese Protestler eigentlich weiter gar nichts sind, wie lauter Freimaurer. (Heiterkeit.) Meine Herren! Das ist ja die bekannte Geschichte. Was den Herren vom Zentrum unangenehm ist, das wird unter die Freimaurer eingeordnet. Die Herren sind sich ihrem Anhang gegenüber sicher, daß wenn sie erklären: das wäre wieder so eine freimaurerische Macherei, da stehe die Freimaurerei dahinter, diese gottlose Verbindung, denn das Gros ihres Anhangs ist blind gegen alles das, was von dieser angeblich freimaurerischen Seite kommt. Umgekehrt in protestantischen Kreisen ist es ähnlich mit den Jesuiten; da ist der Jesuit der Bauman. (Heiterkeit.) Wenn man irgend etwa fertig kriegen kann zu sagen: da stehen die Jesuiten dahinter, das sind die schwarzen Brüder, die das wollen! — dann genügt es für viele protestantische Kreise, um die Sache, um die es sich handelt, ohne jedes weitere Urtheil abzulehnen. Also auf der einen Seite die Freimaurer, auf der anderen Seite die Jesuiten — das sind die beiden Gegensätze, die sich nur in einem Punkte vereinen, sobald der dritte Bauman kommt, der Sozialdemokrat. (Große Heiterkeit.) Wegen der Sozialdemokraten, da finden sich dann die Freimaurer und Jesuiten wieder zusammen. Es ist ja eine alte Geschichte, um das Wort des früheren Reichskanzlers zu wiederholen, daß der Deutsche nur Gott fürchtet und außerdem noch die Sozialdemokraten. (Heiterkeit.)

Und, meine Herren, das Produkt dieser Furcht ist nun die Vorlage, wie sie feinerseit von der Regierung an das Haus gebracht wurde. Durch die eigenthümliche Konstellation der Parteien im Hause ist es der größten und stärksten Partei gelungen, dieser Vorlage ihren Charakter aufzudrücken, und ich bin weit entfernt, daraus der Zentrumsparlei etwa einen Vorwurf machen zu wollen, im Gegenteil, ich will der Zentrumsparlei wirklich die schlechte Führung, die seit dem Tode ihres großen Führers Windthorst ihr von vielen Seiten nachgesagt wird, ebenfalls nachsagen, auch wenn die Zentrumsparlei diese Gelegenheit nicht benützt hätte, dieser Vorlage den Stempel zu geben, den sie jetzt trägt, und wenn es Leute giebt, die sich jetzt darüber wundern, daß das so gekommen ist und die jetzt dabei sitzen, wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind (große Heiterkeit), so beweist das eben nur für die politische Kurzsichtigkeit jener Staatsmänner, die glauben, allen Verstand in sich aufzunehmen zu haben. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine also, wir wundern uns darüber nicht und ich am allerwenigsten. Ich habe das erwartet und ich, der ich ja Mitglied der Kommission gewesen bin, habe mit einem gewissen Wohlbehagen zugehört, wie so langsam diejenigen, welche erst die Vorlage als einen gewissen Anbruch hoher staatsmännischer Einsicht vertheidigten, wie die langsam Paragraph für Paragraph und Sitzung um Sitzung während der 24 Sitzungen, die wir abgehalten haben, immer mehr den Geschmack verloren haben, ihn so verloren haben, daß sie bei den letzten Sitzungen gar nicht mehr anwesend waren. (Große Heiterkeit.) Umgekehrt freilich konnte man beobachten, daß in demselben Maße, wie die ursprünglichen Vertheidiger und Schreier nach

der Vorlage den Geschmack an derselben verloren, diejenigen Herren, welche zuerst sehr wenig oder gar nicht von dieser Vorlage wußten, langsam nach und nach an der nicht verbotenen Frucht immer mehr Geschmack fanden. (Heiterkeit.) Sie haben ja Ihren Willen erreicht, und insofern ist diese Geschmackveränderung begreiflich. Aber, meine Herren, augenblicklich scheinen mir die Dinge doch wieder so zu stehen, daß es unter Umständen dahin kommen könnte, daß auch diejenigen, welche zuletzt in der Kommission Geschmack an der Vorlage gefunden haben, ihn jetzt wieder verlieren könnten, und zwar bringt mich zu dieser Schlussfolgerung die Erklärung des konservativen Führers.

Wenn ich Herrn v. Mantuffel richtig verstanden habe, so hat er sich dahin ausgesprochen, daß, wenn die §§ 113 und 114 — vor allem der erstere — die von dem Widerstand gegen die Staatsgewalt handeln, nicht in den § 111 aufgenommen werden, dann für ihn und seine Partei dieser § 111 überhaupt nicht mehr annehmbar sei, und damit wahrscheinlich auch die ganze Vorlage für sie unannehmbar wird. — Meine Herren, es wird mir hier bestritten, daß der konservative Führer diese Erklärung abgegeben hat. Da tritt nun allerdings an mich die interessante Frage heran: wie wollen die Herren aus der Mitte, die jetzigen eigentlichen Pathen der Vorlage, diese Ausfaden? Darauf bin ich neugierig, wie diese Ausfaden getheilt wird, so daß beide Theile zu ihrem Rechte kommen. (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe hier die Rede des Herrn Abg. Gröber vor mir, die derselbe gelegentlich der ersten Lesung gehalten hat und wobei er sich auch über den § 111 a, wie er damals hieß, und die in demselben aufgenommenen §§ 113 und 114 des Strafgesetzbuchs, welche vom Widerstand gegen die Staatsgewalt handeln, ausgesprochen hat und ich darf mir wohl erlauben, diese paar Stellen vorzulesen. Damals erklärte der sehr verehrte Herr Abgeordnete:

Wenn wir weiter mit der Untersuchung in das Gebiet dieses Paragraphen eindringen, dann wollen wir uns doch auch gegenwärtig, wohin die Konsequenz dieser Bestimmung bei den aufgezählten einzelnen Paragraphen führt, auch bei Paragraphen, welche sehr unschuldig aussehen. J. B. soll strafbar sein die Anpreisung eines Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Da denkt sich nun jeder Richter ohne weiteres: so etwas kann man unter keinen Umständen rechtfertigen, wenn sich jemand gegen die Staatsgewalt widersetzt — man denkt da an Barricadenbau oder, modern ausgedrückt, an Dynamit und Melinit. Aber, meine Herren, der § 113 des Strafgesetzbuchs hat eine sehr formale Bedeutung; es kann mit diesem Paragraphen die größte Ungerechtigkeit auf formell nicht ansehbare Weise geschehen. Der passive Widerstand — es kommt hier ein längerer Absatz, den ich überspringe und sage fort: Der passive Widerstand ist nicht strafbar, der aktive Widerstand aber ist schon gegeben, wenn z. B. eine zu verhaftete Person sich nur durch Anstimmeln mit dem Fuß, durch Festhalten mit der Hand ihrer Abführung durch den Gendarmen zu verhindern sucht. Wenn z. B. in jener alten Zeit — es ist vom Kulturkampf die Rede — ein solcher Bischof, den das ganze katholische Volk als einen Befreier gefeiert hat, bei seiner Abführung erklärte, er weiche nur der Gewalt, wenn er sich dann an seinen Stuhl festgehalten hat, bis er überwältigt wurde, wenn sich der Geistliche, welcher am Altar vom Gendarmen während der heiligen Messe verhaftet werden sollte, sich am Altar festhielt, bis er weggerissen wurde, so hat der Bischof, hat der Priester einen Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen, und wer das heute in einer katholischen Zeitung rechtfertigt, wird nach § 111 a bestraft. Solche Fälle wollen wir uns merken. Nun, das will ich auch hoffen, daß die Herren dies jetzt und auch in Zukunft nicht vergessen wollen. Denn, meine Herren, nicht immer haben wir einen katholischen Reichskanzler (Heiterkeit) und nicht immer scheint die Sonne auf dieselbe Seite des Tages. Sie sehen ja jetzt im Zeit (Heiterkeit), darüber ist sich alle Welt einig. Meine Herren, was Sie nicht wollen, kann im Reichstage nicht Geseh werden. Wenn die Umsturzvorlage Geseh werden soll, kann sie es nach den Erklärungen des konservativen Führers nur dadurch, daß Sie zugeben, daß Ihre gesammten Agitatoren, daß Ihre gesammte Presse sich strafbar gemacht hat feinerseit, als Sie die Verurtheilung Ihrer Bischöfe — ich erinnere Sie an einen Melcher, an einen Ledochowski u. s. w. — tadelten, bedauerten und die Handlungen dieser Ihrer Kämpfer und Vorläufer vertheidigten. (Sehr gut!) Meine Herren, wenn Sie das fertig bekommen können — ich bin überzeugt, daß Sie es nicht thun werden, ich müßte denn den Glauben an die Menschheit verlieren, wenn sie dazu fähig wäre. Ich müßte vor allem — man kann den Glauben an die Menschheit verlieren, aber den Glauben an ihren Selbsterhaltungstrieb verlieren, wenn Sie sich dazu hergeben. Meine Herren, Sie sind eine Minorität in Deutschland, und es kann wieder anders werden, als es heute in Deutschland ist. Wollen Sie das nicht vergessen! Sie würden sich ein Zeugnis ausstellen, meine Herren, welches Sie noch unter die Nationalliberalen stellen würde. (Große Heiterkeit.) Sie haben lange genug die Nationalliberalen als den Ausbund aller politischen Unklugheit hingestellt. Sie sind jetzt auf dem Wege, die Nationalliberalen abzulösen. Ich will in Ihrem Interesse und damit hauptsächlich im Interesse der freireligiösen Entwicklung Deutschlands wünschen, daß Sie die schiefe Bahn, auf der Sie schon einige Schritte gethan haben, nicht weiter verfolgen werden. Meine Herren, aus politischer Klugheit können Sie nicht, auch wenn ein kleiner Theil von Ihnen in dem Bestreben, die Selbstregierungsfähigkeit zu sein, zu geneigen, diese Bahn beschreiten. (Große Heiterkeit.) Nun m. H., ich habe die Empfindung, daß nach der Erklärung, wie sie uns der konservative Führer mit einer Freimüthigkeit und Offenheit, die ich nicht hoch genug zu schätzen vermag, im gegenwärtigen Augenblicke (Zuruf) — Herr v. Buchka meint, so sind sie immer — wenn Sie in der Kommission so offen gewesen wären, ich glaube, wir wären nicht so weit. Aber davon wollen wir nicht reden. Ich glaube, durch die Erklärungen des konservativen Führers hat sich die Sachlage ungemein geklärt. Denn so lange, als wir nicht aus der Partei der Mitte eine Aeußerung hören, die doch dahin gehen müßte, daß sie auf alle ihre bisherigen Grundsätze und auf ihre Haltung in Zukunft verzichten wolle, und ich kann nicht annehmen, daß eine solche Erklärung erfolgt, können wir nicht annehmen, daß den konservativen Anträgen zugestimmt wird. Deshalb glaube ich, daß wir ziemlich weit in der Klärung der Sachlage sind.

Meine Herren! Was nun den § 111 selbst anbetrifft, so ist dieser ja in der Presse sowohl wie in Versammlungen und hier im Hause bei der ersten Berathung und ebenfalls bei der Kommissionsberathung auf das eingehendste erörtert worden. Derselbe ist eine Musterleistung juristischer Verschwommenheit, ein einziger Kautschukbegriff, nichts weiter. Ich spreche hier nur aus, was Sachleute selbst ausgesprochen und dargelegt haben, neues vermag ich hier nicht zu sagen. Konstatieren will ich aber doch, daß in der Kommission selber eigentlich so recht niemand gewußt hat, wie man sich diesen Paragraphen vorzustellen hat. Und so steht es ja auch heute. Der erste Redner, Herr Dr. Barth, hat ja mit der juristischen Seite des Paragraphen sich sehr eingehend befaßt; er hat das allermeiste gesagt, was ich dazu hätte sagen können; er hat es sogar viel besser gesagt, als ich dazu im Stande gewesen wäre. Ich will aber doch nur konstatieren, daß in der Kommission fast alle Redner in Bezug auf die Auslegung dieses Paragraphen mit ihrer Meinung auseinander gegangen sind. Man ist immer und immer wieder, besonders seitens der Herren Regierungsvertreter in der Kommission darauf zurückgekommen, daß man sagte: das läßt sich nicht klar und so bestimmt ausdrücken, wie wir alle wünschen; wir müssen aber das Vertrauen zu unseren Richtern haben, daß sie das richtige schon treffen werden. Ja, meine Herren, das ist ein Vertrauen, das meine Parteigenossen und ich nicht theilen, und wir befinden uns da in sehr angesehener Gesellschaft. Meine Herren, in dem Momente, wo die Vorlage durch die Umgestaltungen in der Kommission eine Form annahm, daß sie nicht bloß mehr die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und

und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen treffen sollte, sondern wo auch gewisse andere Kreise der Gefahr ausgesetzt waren, daß sie diesem Geseh zum Opfer fallen könnten, wurden Urtheile über unsere Rechtsprechung und Richter laut, die so schroff und rücksichtslos von uns keiner sich auszusprechen getraut hätte.

Meine Herren, nicht von einer einzigen Seite ist der Versuch gemacht worden, dieses Vertrauen, welches seitens der Regierungsvertreter verlangt wurde, für die Auslegung der Vorlage seitens der Richter als gerechtfertigt zu bezeichnen. Männer aller Parteien und aller Lebensstellungen, und nicht zum mindesten Richter selber, haben erklärt: nein, das geht viel zu weit. Meine Herren, dieses Vertrauen ist also nicht vorhanden und kann nicht vorhanden sein. In der Kommission haben wir ja auch Richter gehabt; die Mehrzahl derselben bildeten ja Juristen, und von den dort vorhandenen Juristen hat jeder einen anderen Sinn in die Vorlage und in die einzelnen Anträge hineingelegt. Wenn schon die Juristen — und das sind doch gewiß nicht die unfähigsten, die in der Kommission waren — nicht wußten, was sie aus diesem Wechselbalg von Paragraphen machen sollten, und für die Vertheidigung nur das Hilfsmittel fanden, daß sie erklärten — die Richter werden schon das richtige finden, so müssen wir erklären, daß wir dieses Vertrauen zu den Richtern unter keinen Umständen haben. (Sehr richtig! links.) Meine Herren! Damit soll gar nicht etwa gesagt werden — ich wiederhole nur, was wir in der Kommission schon erklärt haben, — daß wir zu dem Richterstand in seiner Gesamtheit nicht auch so viel Vertrauen hätten, daß er nach bestem Ermessen Recht zu suchen bestrebt sein würde. Das glauben wir, obwohl eine ganze Reihe von Urtheilen existiert, welche diesen Glauben selbst zu gefährden geeignet sind. Aber im großen und ganzen glauben wir an die Ehrenhaftigkeit des Richterstandes, bezweifeln ihn nicht im geringsten, aber wir müssen verlangen, daß den Richtern selbst wenigstens genau gesagt wird, über was sie Recht sprechen sollen. Das ist aber in dem Paragraphen nicht gesagt.

Meine Herren, es heißt jetzt in der Kommissionsvorlage: Dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Konservativen beantragen, das geändert werden solle: „in einer Weise anpreist oder rechtfertigt, die geeignet ist, andere zur Begehung solcher Straftathaten anzureizen.“ Und der Herr Abg. Dr. Barth hat sich die, wie mir scheint, überflüssige Nähe genommen, einen Antrag auf Abänderung einzubringen, von dem er aber selber gleich erklärt: Ich bitte Sie, nehmen Sie ihn an, ich werde ihn nachher ablehnen. Dieser Antrag — er ist allerdings nur eventuell gestellt — geht dahin, zu sehen: in der Absicht anpreist oder als erlaubt darstellt, dadurch zur Begehung anzureizen. Ich gebe nun von vornherein zu, daß, wenn man sich immer lokaler Auslegung versehen kann, die Form, die der Herr Abg. Barth uns vor schlägt, den anderen Formen vorzuziehen ist, und ich könnte deshalb mit ihm denselben Weg gehen, um schlimmeres zu vermeiden, zunächst diesen Absatz anzunehmen, ebenfalls natürlich unter dem Vorbehalt, nachher gegen den ganzen Paragraphen zu stimmen. Ich will ihm also einen besonderen Vorwurf daraus nicht etwa gemacht haben. Aber, meine Herren, es kommt eben doch auch hier wieder auf die Auslegung an. Ja gewiß, wenn man sich darunter vorstellt, daß ein konkreter Thatbestand da sein muß, aus dem die Absicht des Angeklagten, zu derartigen Vergehen anzureizen hervorgeht, dann mag das ja etwas zu bedeuten haben; in der Praxis freilich wird es darauf hinauskommen, daß man nicht den Thatbestand selber ins Auge faßt, sondern nur die Person, von der diese angebliche Anreizung ausgegangen ist. Man wird sagen: Du bist Sozialdemokrat, eo ipso hast Du die Absicht gehabt, zu derartigen Vergehen zu anzureizen.

Dazu kommt dann noch, daß in den Motiven ganz genau gesagt ist, um was es sich handelt. — Der Herr Abgeordnete Barth hat die betreffende Stelle bereits verlesen; zweimal hält aber besser, und diese Stelle ist zu wichtig; ich kann mir deshalb nicht verlagern, sie noch einmal zu verlesen. Die Motive sind die Auslegung der Regierungsvorlage, wie sie wünscht, daß die Richter späterhin diesen Paragraphen anwenden werden, und deshalb hat gerade diese Stelle eine so besondere Wichtigkeit. Jede Entschuldigung irgend eines Vergehens, irgend eine Beschönigung kann, vorausgesetzt, daß man die sonstigen schlimmen Eigenschaften bei dem Angeklagten vermutet — und das wird bei den Sozialdemokraten immer zutreffen —, dahin führen, auf grund des § 111 eine Verurtheilung herbeizuführen.

Aber, meine Herren, wenn dieser Paragraph nun wirklich Geseh würde, was ich ja nicht glaube, — welche Folgen würde das wohl haben? Wir haben bei der ersten Lesung ja schon auf verschiedene historische Vorgänge aufmerksam gemacht, deren Entschuldigung und Anpreisung eventuell unter den Paragraphen fallen würde. Herr Dr. Barth hat uns heute vorgeliefert, wie ein großer Theil unserer gesammten klassischen Poesie nicht mehr bestehen könnte, wenn der Paragraph wortgetreu und gesehsgemäß angewendet würde.

Ich möchte mir erlauben, noch auf ein paar andere Dinge aufmerksam zu machen. Meine Herren, wie steht es denn mit der Bibel, wenn dieser Paragraph Gesehkraft erlangt? In der Bibel und in den Schulbüchern, die sich auf die Bibel stützen, werden eine ganze Reihe von Handlungen entschuldigt, gerechtfertigt und gepriesen, die, wenn sie heute begangen würden, den betreffenden in eine sehr unangenehme Belanntschaft mit dem deutschen Strafrecht bringen würden.

Meine Herren, ich habe hier ein Schulbuch vor mir; es ist eine biblische Geschichte, für Schulen bearbeitet von Dr. E. J. M. Farrer in Seeheim. Dieser Herr bringt auf Seite 11 seines Buches — dasselbe ist, wie man eingangs lesen kann, sehr viel empfohlen — eine Schilderung von Abraham's Versuchung, des aus der Bibel bekannten Vorgangs, daß Abraham durch einen Engel aufgeföhrt wurde, seinen Sohn Isaak zu opfern und zu tödten, und das wird in folgender Weise erzählt: Als sie kamen — nämlich Abraham und sein Sohn Isaak — an die Stätte, die ihm Gott gesagt hatte, baute Abraham dabei einen Altar, legte das Holz darauf, band seinen Sohn Isaak und legte ihn auf den Altar oben auf das Holz und er rechte seine Hand aus und salfete das Messer. Da ist eine Zeichnung dazu, wie Abraham, den Dolch in der Hand, gerade im Begriff steht, seinen Sohn Isaak zu tödten. Hier wird ihm dann gugerufen durch den Engel: Lege deine Hand nicht an den Knaben, denn nun weiß ich, daß du Gott fürchtest und hast deines einzigen Sohnes nicht verschont um meinetwillen.

Es kommen dann die Versprechungen: Weil du meiner Stimme gehorcht und deines einzigen Sohnes nicht verschont hast, so will ich deinen Samen segnen, und ich will ihn mehren, wie die Sterne am Himmel und wie den Sand am Meer, und durch deinen Samen sollen alle Völker auf Erden gesegnet werden.

Also, weil Abraham bereit war, einen Mord zu begehen, der nach § 44 des deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs (große Unruhe rechts und in der Mitte) mit Zuchthaus bis zu drei Jahren bestraft wird, deshalb ist diese Versprechung! (Zurufe.) — Ja, meine Herren, das ist Ihnen gewiß unangenehm, aber es trifft doch zu; der Mordversuch war da: Abraham wäre auch entschlossen gewesen, das Opfer zu bringen; er hätte es gebracht, er hätte seinen Sohn geopfert mit vollem Bewußtsein, Absicht u. s. w., also alles Momente, die dazu nöthig sind. Wenn das heute jemand thäte, würde ihn schwere Strafe treffen. Wenn irgend jemand ein Mordversuch in dieser Weise anpreisen, vertheidigen und loben wollte, würde er bestraft nach § 111; hier, weil es in der Bibel steht, soll es passieren. Sie können also diese Paragraphen gar nicht überall da anwenden, wo Sie wollen.

Einen anderen Fall, meine Herren! Ich darf Sie erinnern an den Einzug des Herrn in Jerusalem. Welchen Auftrag gab

er da seinen Jüngern? Er sagte: Gehet hin in den Feldern, der vor euch liegt, da werdet ihr eine Heerde finden, angebunden und ein Füllen bei ihr; Wisset sie auf und führet sie zu mir, und wenn euch jemand etwas sagen wird, so sprecht: Der Herr bedarf ihrer! Ja, meine Herren, ist das nicht eine Verleitung, einen Gegenstand, der ihm nicht gehört, sondern jemand anders, wegzunehmen? (Unruhe und Zurufe rechts.) — Ja, meine Herren, was anders soll es denn sein? Gewiß, Sie werden es entschuldigen; aber wenn Sie es entschuldigen, weil es da geschähen ist, — warum wollen Sie jetzt mit einem Male Vergehen und Neuschreibungen unter Strafe stellen, die aus irgendwelchen Gründen entschuldigt werden, aus Gründen höherer Art, aus Gründen einer höheren Weltanschauung heraus, nun ins Gefängnis stecken! Sagen Sie nur einen vernünftigen Grund. Sie lachen über diese Beispiele, und doch treffen sie zu. (Zuruf rechts.) — Ganz sicher. Sie werden mich ja nachher widerlegen können. Vorläufig bleibe ich dabei stehen, daß sie zutreffend sind.

Aus allen diesen Gründen, meine ich, sollten Sie davon absehen, diesen Paragraphen in die Gesetzesvorlage aufzunehmen. Ich will und darf ja nach unserem ersten Beschluß nicht auf die einzelnen Paragraphen eingehen, die aufgenommen werden sollen. Ich will aber zum Schluß noch ein paar allgemeine Bemerkungen den Neuschreibungen gegenüberstellen, die von verschiedenen Seiten in Bezug auf meine Partei und ihre angeblichen gewaltsamen Neigungen und gewaltthätigen Absichten hier gefallen sind. Es ist hier eine ganz eigenthümliche Art, mit der unsere Gegner operiren. Ich habe mir schon erlaubt, in der Kommission auf diese Taktik aufmerksam zu machen, und thue es auch hier. Der Herr Abgeordnete Dr. Barth hat die Ansicht ausgedrückt, daß es im Interesse der eigenen Partei der Sozialdemokratie liege, es nicht zu Gewaltthaten kommen zu lassen, eine Ansicht, die ich durchaus theile und die ja durch unseren altbewährten Wortführer, eine Autorität, die in der Partei unbestrittene Anerkennung findet, Friedrich Engels, in dem von Herrn Dr. Barth zitierten Artikel ebenfalls ausgesprochen wird. Der Herr Abg. Dr. Barth sagte, die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran, es nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen zu lassen, weil es nicht dem tiefsten Interesse liegt, daß, wenn es zu solchen Auseinandersetzungen käme, die Sozialdemokratie unterliegen und ihre Bestrebungen und Forderungen um Jahrzehnte lang zurückgeworfen werden würden. Ganz meine Meinung. Der Herr Abg. Dr. Barth führte aus, daß damit, daß man einzelne Neuschreibungen irgendwelcher einzelnen Personen und selbst Zeitungsblätter vorträgt, noch nichts bewiesen sei. Ich kann dem auch nur zustimmen. Ich habe in der ersten Lesung aus verschiedenen Gründen abgesehen, meine Partei und uns überhaupt für Neuschreibungen verantwortlich zu machen, die von Personen und Zeitungen ausgehen, die zu unserer Partei gar keine Beziehung haben. Wir können die Verantwortung für die anarchistische Literatur nicht übernehmen, weil sie unseren Anschauungen nicht entspricht, und wir wollen sie deshalb auch nicht übernehmen. Inwiefern diese Neuschreibungen irgend welche Gefährlichkeit für die bestehende Staatsordnung haben, darüber will ich mich des weiteren nicht äußern. Ich halte gerade diese Neuschreibungen für die allergefährlichsten (Zuruf rechts), schon um deswillen für Sie für ganz besonders gefährlich, weil immer und immer wieder von Ihnen der Versuch gemacht wird, gerade diese Dinge dadurch, daß Sie sie an die Öffentlichkeit bringen, zu propagiren. Meine Herren, Most mißfaßt seiner „Freiheit“ und die ganze anarchistische Natur ist Ihnen nicht so gefährlich, man würde sie überhaupt nicht kennen, wenn Sie nicht hier und da von Ihnen genannt würde (Zuruf links) und von der Polizei selbstverständlich, darüber haben wir schon früher gesprochen. Nun kam Herr von Mantouffell und sagte: ja, die Auffassung des Herrn Dr. Barth ist eine falsche; die Gefahr habe sich nicht nur verringert, eine Gefahr, die meiner Meinung nach übrigens nie besonders groß war, sondern sie habe sich gewaltig gesteigert. Die Ruhe, die jetzt im sozialdemokratischen Lager herrsche, die scheinbare Gefährlichkeit, das Innehalten der gesetzlichen Schranken gegenüber der ihr gewährten etwas freieren Behandlung, das sei gerade das Gefährliche; die Sozialdemokratie verstecke ihre letzten Ziele, und dem Herrn Dr. Barth würden die Augen übergehen, wenn er sie einmal kennen lernen sollte. Meine Herren, was das letztere betrifft, so will ich der Kenntnis des Herrn von Mantouffell, seiner Verlesenheit nicht allzu nahe treten; aber ich habe doch den Glauben, daß, wenn er der Meinung ist, Herr Dr. Barth sei auf dem Gebiete der Sozialbewegungen schlechter beschlagen als Herr v. Mantouffell, er sich hierin in einem kleinen Irrthum befindet. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Ich traue in dieser Beziehung dem Herrn Dr. Barth viel mehr Kenntnis zu, als wie Ihnen, Herr v. Mantouffell (Heiterkeit links). Und das erklärt sich ganz von selber. Sie sind der Führer der Agrarier, und die haben jetzt so viel zu fordern und zu verlangen und zu agitiren in ihrem eigenen Interesse, daß sie gar nicht im Stande sind, die sozialdemokratische Literatur zu verfolgen. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ist es das interessante; die Ruhe täuscht, sagt Herr v. Mantouffell. Ja, was täuscht ihn nicht? Most ist ihm zu beweglich, wir sind ihm zu ruhig. Entdecken die Herren irgend eine Neuschreibung aus früherer oder auch aus neuerer Zeit, wo einer meiner Parteigenossen einmal etwas gesagt hat, eine Neuschreibung gethan hat, die man so ungefähr dahin deuten könnte, daß auch in unseren Mitten kein Fischblut rollt, — da heißt es dann: Ja, das sind ja die Revolutionäre; der Rebel hat da irgend was etwas gesagt. Sofort ist Rebel die Autorität für die ganze Partei. Wenn derselbe Rebel aber erklärt: fällt uns gar nicht ein, Ihnen den Gefallen zu thun, uns vor die Achtmillimeter-Gewehre zu bringen. Dann wird der Bemerkung keine Beachtung geschenkt. Nein, Herr Kriegsminister, fällt uns wirklich nicht ein, der Armees diesen Gefallen zu thun. Sie brauchen gar nicht eine große Meinung von uns zu haben; aber für so klug können Sie uns halten, mag der Wunsch da auf der anderen Seite auch stehen, wie er will, wir werden den Wunsch nicht erfüllen, und wir können Sie viel mehr ärgern dadurch, daß wir uns innerhalb der gesetzlichen Schranken halten, als dadurch, daß wir Ihnen den Gefallen thun, die Achtmillimeter-Gewehre spielen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Das haben wir auch gelernt. Jawohl, Sie werden aus unserer Gefährlichkeit zu grunde gehen; so lömlich das klingt, so wahr ist es. Wir werden mit Ihnen fertig, aber nicht dadurch, daß wir mit leeren Händen vor die bewaffnete Armee hintreten und Ihnen die Fistscheibe geben für Ihre Geschosse; nein, meine Herren, wir werden damit mit Ihnen fertig, daß wir die bestehenden Uebelstände immer und immer wieder unter allen Umständen aufdecken, dadurch, daß wir das Proletariat zur Kenntnis, zum Bewußtsein bringen, daß wir das Proletariat organisiren und daß wir, weil wir die gerechte Sache vertreten, nach und nach alle friedlich und gut denkenden Menschen auf unsere Seite bringen. (Bravo! links.) Dieser öffentlichen Meinung gegenüber, von der Sie vielleicht gering denken mögen, werden Sie doch noch unterliegen müssen. (Zuruf.) — Ja, das ist unsere Meinung. Freuen Sie sich! Macht es Ihnen denn ein so besonderes Vergnügen, auf Ihre Nebenmenschen unter Umständen schreien zu müssen? (Zuruf.) Ja, wenn Ihnen das kein Vergnügen macht, wenn Sie doch auch das graufige der Situation ins Auge fassen, das darin besteht, daß schließlich Bürgerblut fließen muß, daß Sie schließlich gezwungen sind, Ihre Bataillone gegen die Massen marschiren zu lassen, die von des Lebens Last schon am allermeisten bedrückt und unterjocht sind, wenn es Ihnen kein Vergnügen macht, so brauchen Sie sich endlich einmal damit, wenn Ihnen immer und immer wieder gesagt wird: wir wollen keine gewaltsame Aktion; wenn Sie nach sorgfältigen Erklärungen dieser Art immer wieder und wieder sich nicht davon abbringen lassen, daß es doch zur Gewalt kommen muß — dann ist der Verdacht gerechtfertigt, daß das Streben nach gewaltsamer Auseinandersetzung auf Ihrer Seite und nicht auf unserer der Sozialdemokratie, ist. (Sehr wahr! links.) Ich habe vorhin gesagt — ich bin nicht der einzige, der diese

Neuschreibung zum Ausdruck bringt, ich habe hier vor mir eine Broschüre, die sich als offener Brief betitelt und an Herrn von Stumm und Genossen adressirt ist — den Herrn, den ich heute leider nicht zur Stelle sehe — sie ist von einem Christlich-Sozialen; er nennt sich Hermann Köhne und ist Pastor in Sangerhausen. Hören Sie, was der Mann Seite 72 dieser Broschüre sagt: „An allen Revolutionen sind die Schuldigen die herrschenden Klassen gewesen, die von ihren Vorrechten nicht lassen wollten. An den herrschenden Klassen liegt es, ob sie auch diesmal es zur Revolution kommen lassen, oder ihr vorbeugen wollen. Wird das Unsturzgesetz durchgehen, so treiben wir entschieden der Revolution entgegen, denn welche Lust soll denn im Soargebiete wehen, wo schon jetzt ein alpartiger Druck auf der Gegend lastet.“

Also hier einer aus Ihren Reihen, ein konservativer Herr, ein Pastor, ein Christlich-Sozialer beschuldigt Sie: an allen Revolutionen sind schuld die herrschenden Klassen, weil Sie auf Ihre Vorrechte nicht verzichten wollten.

Nun, meine Herren, wenn wir dieses Urtheil abgegeben hätten, so würden wir es wahrscheinlich in den Motiven für die Umsturzvorlage vorgefunden haben. Wir haben dieses Urtheil nicht abgegeben, aber wenn so in Ihren Reihen selbst geurtheilt wird und wenn immer und immer Sie darauf zurückkommen: Blut muß fließen, — ja, meine Herren, was wollen Sie anders, als wenn schließlich in der großen Masse des Volkes sich der Glaube immer mehr festsetzt, Sie sehen sich in Ihren Vorrechten, in Ihren Privilegien bedroht und sind bereit und gewillt, es unter allen Umständen auf eine Katastrophe hinzuweisen, bei der Blut fließen muß. (Lob der Präsidenten.)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld ruft den Redner wegen dieser unparlamentarischen Neuschreibung zur Ordnung.

Abg. Auer (fortfahrend): Ich habe nicht mehr viel zu sagen. Wollen Sie alle die Eventualitäten vermeiden, die durch die Neuschreibungen des konservativen Führers hier angeregt sind und auf die ich nothwendig eingehen müssen, dann, meine Herren, mache ich einen Vorschlag, über den wir uns alle vereinigen können: lehnen Sie mit uns den § 111 und die ganze Vorlage ab und wir haben für den friedlichen Meinungsaustausch und Kampf dann freie Hand. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Brafart von Schellendorf: Der Redner wendet sich mit seinen Ausführungen an mich persönlich und bemerkt, daß die Sozialdemokraten sich wohl hätten würden, sich vor unsere Achtmillimeter-Gewehre zu stellen, und drückte dabei aus, die Armees lege entschieden einen großen Werth darauf, dergleichen Versuche zu machen. Die Armees steht es als ihre Aufgabe an, an die Grenze zu marschiren und das Vaterland zu verteidigen; sie weiß, daß der Lorbeer, mit dem sie ihre Fahnen schmückt, nicht auf der Straße wächst, auf der man unbotmäßige Wüßhähne zu Paaren treibt. Wir betrachten es als angenehme Pflicht, das der Polizei und der Feuerwehre zu überlassen. (Stürmische, lang andauernde Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich habe namens meiner politischen Partei folgende Erklärung zu verlesen:

Die deutsche Reichspartei hat als den eigentlichen Zweck der Reichstages zugewandten Vorlage den Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei angesehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir waren von vorn herein nicht darüber zweifelhaft, daß die von dem früheren Reichskanzler vorbereitete Vorlage den Anforderungen nicht entsprach, welche wir im allgemeinen öffentlichen Interesse an ein solches Gesetz stellen zu müssen glaubten; namentlich vermischten wir Bestimmungen, durch welche allen dem Umsturz abgeneigten und ein friedliches Zusammenwirken mit ihren Arbeitgebern wünschenden Arbeitern gegen die Willkür und den Despotismus der sozialdemokratischen Führer ein Schutz gewährt und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen frivole Ausstände geschützt und Erzeße der sozialdemokratischen und anarchistischen Partei verhindert würden. Die Änderungen, welche die Gesetzesvorlage in der Kommission erfahren hat, lassen ihren ursprünglichen Zweck, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu dienen, kaum noch erkennen, denn es haben Bestimmungen Aufnahme gefunden, welche, zumal in politisch-erregten Zeiten, bei dem großen, dem Richter gelassenen Spielraum ernste Befürchtungen wachrufen, daß auf dem weiten Gebiete des öffentlichen Lebens nicht nur die freie Meinungsäußerung, sondern selbst die Freiheit der Wissenschaft gefährdet ist. Andererseits ist durch Streichung des § 130a des Strafgesetzbuches jeder Schutz dagegen beseitigt, daß die politischen Agitationen von Geistlichen beider Konfessionen in die Gotteshäuser getragen werden. Bei der Zusammensetzung des Reichstages können wir die Hoffnung auf eine unseren Absichten entsprechende Änderung der Kommissionsvorschlüge nicht hegen. (Abg. Singer: Glücklicherweise!) Wir werden uns daher darauf beschränken, von den Vorschlägen der Kommission nur für den § 112 des Strafgesetzbuches und die Art. 2 und 3 des Militär-Strafgesetzbuches zu stimmen und haben die Absicht, uns an der Diskussion in zweiter Lesung nicht zu betheiligen. In der dritten Lesung würden wir gegen die ganze Gesetzesvorlage stimmen, falls die vorliegende Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen würde. (Bewegung. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Enneccerus (natl.): Wenn ich auch der Erklärung des Herrn Vordredners nicht vollständig anschließen kann, so ist doch darin die Stellung meiner Freunde die selbe, daß wir die Vorlage in den Kommissionsbeschläßen für vollständig entfallen lassen. Alle Bestimmungen über den Schutz der Staatsordnung sind gestrichen, während sie in der Vorlage im Vordergrund standen; andere Bestimmungen sind angenommen worden, welche mit dem Zwecke des Gesetzes im Widerspruch stehen und unseren Anschauungen direkt widerstreben. Was Herr v. Kardorff über § 130a anführte, findet unsere volle Billigung. Die Vorlage ist in der Gestalt, wie sie die Kommission verlassen hat, für uns unannehmbar. Wir halten es auch nicht für wahr-scheinlich, daß die Vorlage durch Anträge eine Gestalt erlangen würde, welche die Annahme derselben ermöglicht. Wir haben auf die Stellung besonderer Anträge verzichtet, und es bleibt mir bloß übrig, zu § 111 und den gestellten Anträgen Stellung zu nehmen. Redner wendet sich gegen den bedenklichen Zusatz zu § 111, den die Kommission gemacht. Die Änderung, welche Herr Barth vorgeschlagen hat, ist nicht annehmbar, einmal, weil er selbst und die Sozialdemokraten schließlich dagegen stimmen und dann weil die Fassung doch bedenklich ist, denn es könnte darin die präsumptio doli angedeutet sein. Der konservative Antrag bejaht nach meiner Auffassung, daß derjenige, der ein Verbrechen anpreist und dazu anreizt, sich dessen vollständig bewußt sein muß, daß er zu einem Verbrechen anreizt. Wenn diese Auffassung zutrifft, so ist die Mehrzahl meiner Freunde bereit, für den Antrag zu stimmen; eine Minderheit ist trotz alledem gegen die ganze Vorlage. Was Herr Auer anführte von Abraham, so wird niemals ein Richter in diesem Falle wegen Anreizung zum Mord verurtheilt; ein solcher Richter würde nicht auf den Richterstuhl, sondern in einarrenhaus

gehören. Auch die Vertheidigung der Fischmüller Affäre wird nicht strafbar werden.

Abg. v. Wolszlegier-Bilgenburg erklärt sich namens der Polen dafür, daß auch die erfolglose Auf-forderung zu einem Verbrechen bestraft werden solle, aber kann sich nicht dafür erklären, daß auch die Anpreisung einer verbrecherischen Handlung bestraft werden solle. Von diesem Verbrechen haben wir im Deutschen Reich noch nicht viel erlebt und ich fürchte, daß daraus nur Gefahren entstehen für ehrbare Bürger, die mit anarchistischen Tendenzen nicht zu thun haben. Die Vorlage richtet sich angeblich gegen die Umsturzparteien; aber es ist noch nicht lange her, da wurden auch die Polen, der polnische Adel und die polnische Gesellschaft zu den Umsturzparteien gezählt. In den Schulen wird davon gesprochen, daß man einen Tyrannen ermorden kann. Ich erinnere an Möros mit dem Dolch im Gewande, dem Bedacht von Schiller, in welchem Dionysos als ein grausamer Tyrann dargestellt wird. Der § 111 erscheint uns in der Fassung der Kommission unannehmbar; ebenso unannehmbar ist der Antrag der Konservativen; am ungefährlichsten erscheint der Antrag Barth, für den wir einstimmig werden, obgleich wir schließlich unsere Stimmen gegen den ganzen § 111 abgeben werden.

Abg. Reindl (Z): Ich habe im Namen meiner Partei eine Erklärung abgegeben. Wir stimmen dem Reichskanzler zu, daß die Vorlage ihren Charakter in der Kommissionsberatung geändert hat durch Hineinziehung von Materien, welche der Vorlage fern lagen. Der Kaiser hat zum Kampfe für Religion, Sittlichkeit und Ordnung aufgerufen. Die Vorlage berücksichtigt nur die Ordnung; wir wollen die Vorlage so gestalten, daß auch Schutzmaßregeln getroffen werden für Religion und Sittlichkeit, ohne dabei die Folgen außer acht zu lassen, welche die Abänderung des § 112 in der Fassung der Vorlage haben würde. Der Reichskanzler hat heute von der Änderung des § 112 keine Notiz genommen. Zu § 111 sehen wir weder in dem Antrag Barth, noch in dem Antrag der Konservativen Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage; wir werden daher in der zweiten Lesung für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Bezüglich der ganzen Vorlage bemerken wir, daß auch uns die Beschläße der Kommission nicht überall gefallen und genügen. (Große Heiterkeit.) Meine Freunde werden auf die einzelnen Bestimmungen eingehen, sich aber die Schlussabstimmung ausdrücklich vorbehalten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Munkel (fr. Sp.): Es will sich keine Partei des Hauses des Kindes mehr annehmen; es gefällt niemand mehr, dem Reichskanzler nicht, dem Zentrum und den Konservativen, der Reichspartei und den Nationalliberalen nicht. Das haben alle erklärt; daß wir es besonders erklären, ist nicht nötig, denn wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns niemals gefallen hat. Im Volke draußen hat es oft genug den Anschein gehabt, als hätte man mehr Furcht vor der Umsturzvorlage, als vor dem Umsturz selbst. Das Schicksal der Vorlage läßt sich mit Bestimmtheit zwar kaum voraussagen, aber § 111 wird wohl nicht angenommen werden. In diesem Paragraphen finden sich die ganzen Prinzipien der Vorlage zusammengefaßt. Die harmlose Hälfte des § 111 gefällt dem Vordredner. Sie ist die Schwelle, über die man ins Gebäude eintritt. Es wird die Strafe für das Vergehen, welches wir schon kennen, erhöht. Aber ich bin dafür nicht zu haben, denn die Strafe soll sich nicht richten nach der Schwere des Vergehens, sondern nach der Art der Anreizung. Denn je schwerer das Verbrechen ist, um so weniger werden sich finden, die der Anreizung Folge leisten. Aber die weiteren Bestimmungen des § 111 schaffen neue Vergehen, die eigentlich keine Vergehen mehr sind; denn es soll schon strafbar sein, wenn jemand Neigung zu einem Verbrechen weckt oder hegt. Das ist bisher nicht strafbar gewesen. Redner geht dann auf die Anträge ein und weist nach, daß auch der Antrag der Konservativen nicht ausreichend sei. Es werden sich allerdings für Fälle aus der Bibel und aus Schiller und Goethe keine Staatsanwälte finden; aber Schiller und Goethe sind nicht als Klassiker geborenen. Als Schiller seine „Mäurer“ schrieb, da wäre er vor dem Staatsanwalt unter diesem Gesetz nicht sicher gewesen. Der Herrgott Karl hat noch sehr milde gehandelt gegen Schiller gegenüber diesem Gesetz. (Heiterkeit.) Nach dieser Vorlage hätte Schiller vielleicht 2 Jahre im Gefängnis sitzen müssen. (Heiterkeit.) Vielleicht wäre die Gottesfurcht im Volk größer geblieben, wenn das Volk Schiller nicht gekannt hätte. Wir verzichten darauf, die Beschläße der Kommission zu verbessern, der Antrag Barth ist, wenn er richtig ausgelegt wird, überflüssig; wird er falsch ausgelegt, so kann er auch trotz der vorsichtigen Fassung mancher schlimme mit sich bringen. Deshalb schließe ich damit: die Hauptsache ist ablehnen. Die Gründe, die jeder hat, kann er für sich behalten. (Zustimmung links.)

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Wir sind nicht in der Lage, für die Vorlage zu stimmen und mit Ausnahme der sogenannten Militärparagraphen wird auch aus einer Diskussion nicht viel für das Volk herauskommen. Wir sind mit dem Reichskanzler der Meinung, daß Geistesfortschritte nicht durch solche Vorlagen aufgehalten werden können. Wir sind von dieser Erklärung nicht überrascht und hatten erwartet, daß die Regierung die Vorlage zurückziehen würde. Am meisten hat es mich überrascht, daß die Freunde des Herrn v. Mantouffell niemals Freunde der Umsturzvorlage gewesen sind. Wer ist denn eigentlich für die Umsturzvorlage gewesen? Aus der Reihe der Nationalliberalen sind die Forderungen gekommen und aus den Reihen der großen konservativen Parteien, wo man für die Vorlage agitiert hat, in Geheimversammlungen u. s. w., oder wie Herr v. Mantouffell sagte: An den allerungeeignetsten Stellen. Allenfalls annehmbar erscheint der Antrag Barth als das kleinste Uebel, für den Fall, daß überhaupt etwas zu Stande kommen sollte. Schließlich werden wir gegen den ganzen Paragraphen stimmen. Wir befinden uns einmal in Uebereinstimmung mit den Sozialdemokraten, das bezieht sich aber nur auf die Ablehnung. Wir sind auch für ein Sozialistengesetz nicht zu haben, das will ich gleich bemerken, um Mißverständnissen vorzubeugen. In vielen gerichtlichen Urtheilen und in ihren Mißgriffen sehe ich eine Förderung der Sozialdemokratie. Aber wir werden mit den Sozialdemokraten fertig werden und rechnen z. B. auf Bundesgenossen in ihren eigenen Reihen; nämlich die lieben Mitbürger jüdischer Konfession. (Große Heiterkeit.) Sie werden an diesen lieben Mitgliedern ihrer Partei erleben, daß sie die eigene Partei verlassen, wozu ja schon der Anfang gemacht worden ist. Wir werden uns durchaus ablehnend gegen die ganze Vorlage verhalten.

Abg. v. Salisch (L) erklärt in Bezug auf den konservativen Antrag, daß nur im Falle des Bewußtseins des Verbrechens eine Gefangene eintreten kann. Infolge dessen würde Schiller und Goethe nicht betroffen werden von dem Strafrichter.

Darauf wird um 1/4 Uhr die weitere Beratung bis Donnerstag 1 Uhr vertagt. Vorher wird ein schleuniger Antrag der Sozialdemokraten beraten werden über die Einstellung des Strafverfahrens, welches gegen den Abg. Korn-Dresden schwebt.

# Tokales.

**Zum Umsturzwinkel.** Nachdem nunmehr die Umsturzhände unter dem Hohnlächeln aller gestifteten Menschen im Reichstage verschoren werden soll, steht die „Post“, das Blatt, welches am schamlosesten für Arbeiternebelung und unbeschränkte Ausbeutung eintritt, die folgende, zeitgemäße Nachricht in die Welt:

„Unmittelbar vor Schluß der Redaktion geht uns die ungeheuerliche Nachricht zu, daß unter dem Verdacht, ein Dynamitattentat beabsichtigt zu haben, zwei der Polizei als Anarchisten bekannte Männer verhaftet worden sind. Es sollen dieses der Schneidermeister Paul Löss und O. Krebs sein, die seit gestern Abend im Moabiters Untersuchungsgefängnis sitzen. Wir hoffen, morgen näheres über die Angelegenheit mittheilen zu können.“

Bis zu später Abendstunde ist uns auch nicht die geringste Bestätigung dieser Sensationsnachricht zugegangen. Sie charakterisiert sich daher wohl als ein letzter, schmachvoller Versuch, den Kurs der überausen Umsturzhaltung auf dem Wege des groben Unfugs in die Höhe zu treiben. Oder haben die Krüger, die Stieber und die Jhring-Malow's wirklich noch nicht abgewirkt?

**Eine Verschlechterung ihrer Einkommensverhältnisse** ist den Maschinenpuhern der Berlin-Anhalter Bahn vom Vorsteher der Betriebswerkstätte, einem Herrn Zimmermann, angelündigt worden. Das Maschinenpuh, welches bislang in Alford verfertigt wurde, brachte den Arbeitern einen Nebenverdienst ein, der allerdings im Laufe der Jahre immer mehr zusammengeschnitten ist. Der Alfordüberschuss, den die Arbeiter bis 1884 unter dem Werkmeister Bleißner hatten, betrug etwa 7—14 M. monatlich. Dann reduzierte Vorsteher Zimmermann den Ueberschuß auf 3 bis 6 M. und kündigte einigen Arbeitern, die wegen einer vermeintlichen Benachteiligung monierten, an, daß derjenige, dem es nicht passe, ja gehen könne. Als dieser Tage ein Herr Gerlach Bau-Inspektor wurde, erschien mit der Unterschrift des Herrn Zimmermann eine Bekanntmachung des Inhalts an der schwarzen Tafel, daß zufolge Anordnung des Vorstandes der Königl. Maschineninspektion Berlin 3 die zur „Beseitigung“ Betriebswerkstatt gehörigen Lokomotiven und Tender vom 25. d. Mts. ab nicht mehr in Alford gepußt werden sollen. Von diesem Tage ab erhält jeder Maschinenpuher für jeden geleisteten Arbeitstag nur den ihm bisher gewährten Lohn.

Mit der Beseitigung der Alfordarbeit ist es gewiß ein gutes Ding, wenn diese Maßregel nicht mit einer Lohnverschlechterung verbunden ist. Was aber die in der betreffenden Verfügung angelobte Verringerung bedeutet, wird zu erweisen sein, wenn man erfährt, daß der Anfangslohn für die Maschinenpuher nur 2 Mark und 20 Pf. beträgt. Dieser Hungerlohn im wahrsten Sinne des Wortes erfährt nur eine ganz allmähliche Erhöhung, so daß der Arbeiter, der volle zehn Jahre sich hat im Staatsbetriebe ausbeuten lassen, erst auf einen Tagelohn von 2,90 M. rechnen kann. Nichts wird unter einer derartigen Sozialpolitik begreiflicher erscheinen, als die Thatfache, daß bei den Arbeitern der Eisenbahn-Werkstätten zum Theil eine Stimmung eingekehrt ist, die für eine weitere Verbreiterung der Sozialdemokratie die beste und sicherste Gewähr bietet.

**Der Theil des Unternehmertums**, der bisher schamlos genug war, den von ihm ausgebeuteten Arbeiterinnen auch noch die weibliche Ehre zu rauben, konnte bekanntlich dadurch einigermaßen in Zaum gehalten werden, daß in öffentlichen Arbeiterversammlungen die Unsitlichkeiten aufgedeckt und der betreffende Lüstling an den Pranger gestellt wurde. Das ist ein Uebelstand, wenigstens vom Standpunkt des Ausbeuterthums aus. Was Wunder daher, daß man in diesen Kreisen an eine Beseitigung solcher Fatalitäten denkt und an die Polizei sowohl als auch an die Körperschaft appelliert, die auf Grund des elendesten aller Wahlsysteme auf dem Dönhofsplatz zum besten der Bourgeois- und Junkerinteressen ratet und thotet.

Es wird von einer Korrespondenz geschrieben: Bei den Erwägungen über die Umgestaltung des preussischen Vereins- und Versammlungsrechtes dürften mehrere Beschwerden nicht unbeachtet geblieben sein, die von hiesigen Fabrikanten und anderen Arbeitgebern wegen mehrfacher Vorkommnisse in hiesigen öffentlichen Versammlungen erhoben worden sind. Es handelte sich dabei theils um unwahre oder doch in der Form schwer beleidigende Vorwürfe, die von einzelnen Rednern erhoben wurden, theils um Beschüsse, in denen die Angegriffenen ebenfalls beleidigungen erlitten. In den Fällen namentlich, wo die Beleidigung durch die Form eines Beschlusses gegeben ist, fällt es oft schwer, denjenigen zu ermitteln, der diese Form gewählt hat, und Strafverfolgungen, die der Beleidigte veranlassen wollte, scheiterten oft an der Unmöglichkeit des Beweises für die Thäterschaft einer bestimmten Person. Das geltende Vereinsrecht gewährt allerdings für solche Fälle dem freien Ermessen des überwachenden Beamten einen weiten Spielraum, indem es demselben die Befugnis beilegt, eine Versammlung aufzulösen, in welcher Anträge oder Beschlüsse erörtert werden, die eine Aufrechterhaltung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten und zu diesen strafbaren Handlungen gehört auch die Beleidigung, gleichviel ob sie in der Form oder dem Inhalte eines vorgeschlagenen Beschlusses zu finden ist. Im ersten Falle kann der Beamte sofort einschreiten und die Versammlung verhindern, im letzteren Falle würde das nur möglich sein, wenn ihn die erörterte Angelegenheit aus eigener Wissenschaft genau bekannt ist und er deshalb mit Sicherheit weiß, daß die in der Versammlung vorgeschlagenen Beschlüsse auf falschen und deshalb für dritte Personen beleidigenden Voraussetzungen beruhen würden. — Es wird angenommen, daß hierüber, wenn eine anderweitige gesetzliche Umgestaltung der geltenden Bestimmungen nicht statfindet, doch eine genauere Dienstweisung für die überwachenden Beamten erfolgen wird, um in solchen Fällen des Verstoßes gegen das geltende Vereinsrecht einschreiten zu können.

Es wäre da einfacher, zu verordnen, daß Unsitlichkeiten und Nothheiten, die von Unternehmern an Arbeiterinnen verübt werden, gar keine Strafbaten sind, und daß überhaupt bei allen, sich gegen das Kapital und seine Vertreter richtenden Anschuldigungen der Majestätsbeleidigungs- und Gotteslästerungs-Paragraphen zugleich in Anwendung komme. Dann erst könnten Polizei und Staatsanwalt das Unternehmertum einigermaßen genügend gegen „Beleidigungen“ schützen.

**Handlungsgehilfe**, gut christlicher Gesinnung, von einem evangelischen Institut gesucht. Anfangsgehalt 60 Mark. Offerten mit Angabe der Fähigkeiten erbeten unter J. X. 845 an die Exp. d. Ztg. So lautet ein Inserat, welches die „Post. Ztg.“ am Mittwoch brachte. Bei einem solchen Schandlohn, wie ihn das evangelische Institut bietet, ist allerdings christliche Gesinnung von Nothen. Man bedarf derselben, um sich in den Himmel hinein zu hungern.

**Glendestattistik.** Im Monat April nächstigen im Männer-Mtl 9800 Personen, im Frauen-Mtl 1005 Personen. Der Vorstand erbittet Arbeitsnachweis, und zwar für Männer, Büschingstraße 4, für Frauen Büschingstr. 5.

In bürgerlichen Blättern wird von dem Fall großes Aufhebens gemacht, daß der Kaiser einem zehnjährigen, von der Dampfstraßenbahn überfahrenen Knaben, der sich als unglücklicher Krüppel mählich auf Stelzen weitersehnen mußte, ein paar künstliche Beine geschenkt habe, weil ihm der Anblick an so viel Unglück nahe gegangen wäre. Es kennzeichnet die Fürsorge, die in unserer Gesellschaft den Armeren und Glenden entgegengebracht wird, daß es erst des zufälligen Eingreifens eines Mannes hier bedurft hat, damit eine gewöhnliche Menschenpflicht erfüllt wurde.

**Seist ein Geschäft!** Neu-Guinea-Goldmünzen sind nunmehr, wie kürzlich die Silber- und Nickelmünzen, erschienen und werden an Liebhaber von der Neu-Guinea-Kompagnie mit einem Aufschlag von 10 pCt. abgegeben.

**Das große 43-jährige Riesenferrohr**, dessen Aufstellung man für die Gewerbe-Ausstellung plante, wird nicht zu Stande kommen; es fehlt — an Zeit und, wie allemal im Militärstaat, an Geld, die kostbaren Eisen fertig zu stellen. Man wird aber die vom Ingenieur Paul Hoppe für das Fernrohr konstruirte Montierung, die bekanntlich ganz neu und eigenartig ist, aufstellen, und während der Ausstellung nur ein 23-jähriges Aequatorial-Instrument vorführen.

**Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht giebt, ist ein Bluthund**, sagt Jesus Sirach. Eine Galerie zahlungsunfähiger Arbeitgeber, die ihre Arbeiter um den Lohn bringen, legt das „Gemeindeblatt“ mit den öffentlichen Ladungen solcher Arbeitgeber an; in der Nummer vom 5. d. M. laßt das hiesige Gewerbegericht auf den Antrag von vier beschwundenen Arbeitern und Arbeiterinnen deren frühere Arbeitgeber zur Gerichtsverhandlung durch öffentliche Ladung, da diese Unternehmer ihrem gegenwärtigen Aufenthalt nach unbekannt sind. — Rette „Brotherren“!

**Dem Juge der Zeit** folgend, hat der Restaurant-Souffleier vom Gendarmenmarkt sein hübsch decorirtes, aber schlecht beschütztes Lokal verlassen. Er ward nicht mehr gesehen.

**Ein bedauerliches Unglück** hat sich vorgestern in einer Badeanstalt in der Königsgrabenstraße ereignet. Dort wollte eine 24 Jahre alte Erzieherin Emma S. um 11 Uhr vormittags ein Bad nehmen und hatte sich zu diesem Zwecke eine Zelle geben lassen. Als die junge Dame diese nicht mehr verließ, wurde die Badefrau schließlich ängstlich und forschte nach ihrem Verbleib. Sie fand die Dame in der Badewanne todt vor. Die Leiche lag mit dem Gesichte nach unten. Vermuthlich wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Verstorbenen während des Bades in Krämpfe gefallen und dabei erstickt oder ertrunken ist. Daß sie Selbstmord verübt haben sollte, ist nicht anzunehmen, da hierfür absolut kein Grund vorliegt.

**Mit Salmiakgeist** hat sich der 26-jährige Schneider Koplin aus der Zimmerstraße vergiftet.

**Geisteskrank** ist der Lederwarenfabrikant Hermann R. vom Engel-Ufer geworden.

**Polizeibericht.** Am 7. d. M. vormittags sprang in der Lindenstraße ein Kutscher, dessen Pferde durchgingen, vom Wagen, fiel dabei hin und erlitt eine Verletzung an der Stirn. — Vor dem Hause Diefenbachstr. 74 fiel nachmittags ein zur Beseitigung eines Fettergeruchs an einem Fenster im ersten Stode angebrachter Eisenstab herab und verletzte einen fünfjährigen Knaben erheblich an der Schulter. — Abends gerieth in der Mantelstraße ein vierjähriges Mädchen unter die Räder eines Bierwagens und wurde an der Hand und am Fuß bedeutend verletzt. — Im Laufe des Tages fanden sieben kleine Brände statt.

## Witterungsübersicht vom 8. Mai 1895.

| Stationen.    | Barometerstand in mm. reductirt auf Meeressp. | Windrichtung | Windstärke (Scala 1—12) | Wetter  | Temperatur (nach Celsius) (nach Fahrenheit) |
|---------------|-----------------------------------------------|--------------|-------------------------|---------|---------------------------------------------|
| Eisenmünde .  | 773                                           | D            | 4                       | wolklos | 14                                          |
| Hamburg . .   | 771                                           | OSO          | 4                       | wolklos | 15                                          |
| Berlin . . .  | 771                                           | ONO          | 3                       | heiter  | 13                                          |
| Biesbaden . . | 765                                           | NO           | 4                       | wolklos | 12                                          |
| München . .   | 763                                           | D            | 6                       | heiter  | 11                                          |
| Wien . . .    | 768                                           | SW           | —                       | bedeckt | 10                                          |
| Opavanda . .  | 772                                           | SSW          | 2                       | wolklos | 10                                          |
| Petersburg .  | 775                                           | WSW          | 1                       | bedeckt | 6                                           |
| Cork . . .    | 762                                           | OSO          | 4                       | heiter  | 13                                          |
| Aberdin . .   | 771                                           | SO           | 2                       | heiter  | 11                                          |
| Paris . . .   | 762                                           | D            | 2                       | wolklos | 14                                          |

## Wetter-Prognose für Donnerstag, 9. Mai 1895.

Ziemlich heiteres, am Tage warmes Wetter mit frischen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, feucht trocken. Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Beifung.

**Recht erbauliche Zustände** scheinen auf dem in Niddorf belegenen Kirchhof der Berliner St. Thomas-Gemeinde zu herrschen, wie eine vor dem Niddorfer Schöffengericht stattgefundene Verhandlung erkennen läßt. Der in der Zehnstraße zu Berlin wohnhafte Maler Wladislaus Kertu war beschuldigt, im Juli v. J. in zwei Fällen den auf dem Thomas-Kirchhof angelegten Grabarbeiter Friedrich Müller öffentlich beleidigt zu haben, indem er denselben vorwarf, er habe auf dem Kirchhof unzüchtige Handlungen mit Kirchhofs-Besuchern vorgenommen. Dem Vorarbeiter Müller wird vom Gemeinde-Kirchenth von St. Thomas ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Als der Angeklagte nun eines Tages von seiner Ehefrau erfuhr, daß Müller derselben bei einem Besuche der auf dem Thomas-Kirchhof belegenen Gräber ihrer Kinder unzüchtige Anträge gestellt habe, wurde er erklärlicherweise derart aufgebracht, daß er den Müller in derber Weise zur Rede stellte und dabei ihm in ungeschminkter Weise den oben angeführten, der Anklage zu Grunde liegenden Vorwurf machte. Darob fühlte sich Müller beleidigt und stellte gegen Kertu Strafantrag. Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Neuerungen ohne weiteres zu, erbot sich aber, den Beweis der Wahrheit zu erbringen und hatte sich zu diesem Behufe auf das Zeugnis einer großen Anzahl Frauen, sowie eines früheren Kollegen des Müller berufen. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus dem in öffentlicher Sitzung verhandelten Urtheil ging hervor, daß der Vorarbeiter Müller durch die Beweis-Aufnahme dermaßen belästet worden war, daß der Gerichtshof den Beweis der Wahrheit für erbracht erachtete. Trotzdem wurde der Angeklagte zu 6 M. Geldbuße verurtheilt, weil aus der Form der Neuerung die Abicht der Beleidigung deutlich hervorgehe. Strafflos wäre der Angeklagte nur geblieben, wenn er der vorgesetzten Behörde des Müller Anzeige erstattet hätte. — Das hätte kaum etwas genutzt, denn bereits in dem Zeugniszeugnis, welches der Gemeinde-Kirchenth dem Gericht an Erfordern eingereicht hat, war der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Kertu den Vorarbeiter Müller nur deshalb feindselig gestimmt sei, weil dieser ihn gehindert habe, fremde Gräber gegen Entgelt auf dem Thomas-Kirchhof zu begreifen. Neugierig darf man sein, ob der Gemeinde-Kirchenth den Vorarbeiter Müller noch ferner in seiner Stellung belassen wird.

**Recht übel** bekam dem Eigenthümer Friedrich Goeride in Niddorf die Denunziation gegen sein früheres Dienstmädchen Franziska Zielinska wegen Uebertretung der Gesinde-Ordnung. Nach der Denunziation des Goeride sollte das Mädchen den Dienst vor Ablauf der Vertragsdauer unbefugt verlassen haben. Das Mädchen, eine nur gebrochene deutsch sprechende Polin, gab dies zu, behauptete aber, der Grund hierfür sei die brutale Behandlung gewesen, welche ihr von seiten

des Goeride zu Theil geworden; er habe sie nicht nur fortwährend beschimpft, sondern auch wiederholt mißhandelt, weshalb sie solche Angst vor dem Dienstherrn bekommen, daß sie davongelaufen sei. Goeride wollte natürlich von brutaler Behandlung des Mädchens absolut nichts wissen, trotzdem erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung unter folgender Begründung: Die Gesinde-Ordnung gebe den Dienstherrn das Recht, vor Ablauf des Dienstverhältnisses daselbe zu lösen, wenn sie seitens der Dienstherrschaft außergewöhnlich harte Behandlung erfahren. Subjektiv habe die Angeklagte diese Auffassung gehabt und sei daher zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen. Außerdem sei es aber Ortsbekannt, daß im Hause des Herrn Goeride die Dienstherrn nicht sehr gut behandelt würden und sei daher der Angeklagten voller Glauben geschenkt worden. — Ob Herr Goeride noch einmal Dienstherrn benutziren wird?

**Wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft** hatten sich gestern der Redakteur des antisemitischen „Generalanzeigers“ Karl Seblagel und der Kolportage-Buchhändler Dittmer vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der letztere hat eine Broschüre vertrieben, betitelt: „Historische Enthüllungen über die Judenmoral und das Blutgeheimniß“. Der erste Angeklagte hat Theile aus dieser Broschüre in seinem Blatte zum Abdruck gebracht. Es werden darin die Behauptungen wiederholt, daß der Talmud und besonders der als Schulkan Kruch benannte Theil desselben den Juden noch als Richtschnur dient und daß darin empfohlen wird, den Christen gegenüber alle möglichen Verbrechen zu begehen. Der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens stellte den Strafantrag. Nach Verlesung der incriminirten Stellen erklärte der Angeklagte Seblagel, daß er alles darin behauptete voll und ganz aufrichtig erhalte. Staatsanwalt Strähler hielt es für gerichtsnotorisch, daß die über die Juden aufgestellten Behauptungen längst widerlegt seien. Der Talmud sei heute weder ein Glaubensbuche oder das Wort Gottes für die Gesamtheit der Juden, noch die einzige Regel für ihren Glauben, ihren Ritus und ihre Gebräuche. Sein Inhalt sei nur einer kleinen Anzahl von Spezial-Gelehrten unter den Juden bekannt, alle in den Artikeln enthaltenen Angriffe seien unbegründet und in hohem Grade beschimpfend. Er beantrage gegen Seblagel drei Monate, gegen Dittmer sechs Wochen Gefängniß. Der Angeklagte Seblagel hielt eine längere Verteidigungsrede. Er erklärte, daß der Antisemitismus nicht die Religion der Juden bekämpfe, sondern nur die Rasse. Der Talmud sei heute noch ebenso gültig wie früher und noch heute die Grundlage der jüdischen Religion. Er bitte hierüber den Professor Dr. Mohling in Prag, den Privatdozenten Dr. Georg Beer in Breslau und den Privatdozenten Dr. Jacob Eder in Münster zu vernehmen. Auch die badische General-synode stehe auf demselben Standpunkt, weshalb denn auch in Baden der Schulkan Kruch verboten sei. Im übrigen bitte er um seine Freisprechung.

Der Gerichtshof lehnte die Anträge ab, da er bei dem Angeklagten die Ueberzeugung voraussetzte, daß die Lehren des Talmud noch von einigen Juden beobachtet würden. Der Angeklagte sei freigesprochen worden, denn wenn die einzelnen Ausdrücke auch beschimpfender Natur seien, so müsse doch angenommen werden, daß nicht die jüdische Religionsgesellschaft als solche, sondern nur diejenigen Juden getroffen werden sollten, welche dem Talmud noch folgen.

**Ober-Verwaltungsgericht.** Die Hebamme D. hatte gegen ein Urtheil des Bezirksauschusses in Bromberg, daß ihr den Prüfungsdien und damit die Berechtigung zur ferneren Ausübung ihres Berufes aberkannt, beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung eingelegt. Sie behauptete, die Annahme des Vorrichters sei irrig, daß ein von ihr geborenes Kind auf ein unzüchtliches Verhältniß zurückzuführen sei. Außerehelich geboren zu haben, vermochte die Berufungsklägerin nicht zu bestritten, da sie schon längere Zeit von ihrem Manne getrennt lebt, welcher es vorgezogen hatte, den Aufenthalt in der alten mit dem in der neuen Welt zu vertauschen; sie gab an, von einem unbekannten Manne vergewaltigt zu sein. Gleichenfalls bot sie vor, man möge das Urtheil des Bezirksauschusses aufheben und nicht ihre Existenz vernichten. Sie wüßte sonst nicht, meinte sie schlussend, wie sie sich und ihre drei Kinder ernähren solle, es bliebe ihr dann nichts weiter übrig, als mit denselben zu sterben, Selbstmord zu begehen.

Das Gericht bestätigte aber die Vorentscheidung unter folgender Begründung. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und dem Verlauf der Verhandlung des Bezirksauschusses erscheine die Behauptung, genöthigt zu sein, unglaublich; vielmehr sei aus den festgestellten Thatfachen zu entnehmen, daß das Kind die Frucht eines unerlaubten Verkehrs war. Da nun nach den gesetzlichen Bestimmungen zu den Bedingungen der Ausübung des Hebammenberufs auch die Unbescholtenheit in geschlechtlichen Dingen gehöre, sei die Berufung abzuweisen gewesen. Frau D., der somit endgültig ihre bisherige Erwerbsquelle verstopft war, brach ohnmächtig zusammen und verfiel in Krämpfe, als ihr die Bedeutung des Urtheils klar wurde. Erst nach einigen Stunden wurde ihre Entfernung aus dem Gerichtssaal möglich. — Maßgebend waren die Feststellungen des Bezirksauschusses, daß Frau D. eines Tages mit einem Manne in einer Situation getroffen wurde, die intime Beziehungen zu diesem wahrscheinlich erscheinen ließen, und daß derselbe es ablehnte, zu beschwören, daß er nie in solche Beziehungen zu ihr getreten sei. — Und deshalb konnte mit Berufung auf gesetzliche Bestimmungen einer armen alleinlebenden Frau ihre Existenz vernichtet werden, während viele Männer, die tausendfältig gefehlt haben, noch heute sich in den angesehensten Stellungen befinden. Göttliche Weltordnung!

## Versammlungen.

**Eine Branchenversammlung der Parquetbodenleger**, einberufen vom Deutschen Holzarbeiter-Verein, tagte am 5. Mai bei Schöning, Stallstraße 29. Bei der Regelung interner Vereinsangelegenheiten wurde vom Kollegen Witte gerügt, daß ein Gast in der Versammlung vom 1. April als unorganisierter Kollege an einer Abstimmung theilgenommen habe, wozu er nicht berechtigt war. Nach Aufforderung des Kollegen Hameck, die alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Schöneberg.** Der Arbeiter-Bildungsverein hatte in seiner Versammlung am 6. Mai eine Vorlesung aus einer Broschüre des Dr. Hamening veranstaltet. Nach einer Besprechung des Gehörten wird den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 20. Mai stattfindet. Thema: Unser Programm.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zweifel Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

**Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag** wird von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft und Rath in Rechtsangelegenheiten erteilt.

**Anton Panzer.** Wenn sich der Vorgang so abgespielt hat, wie Sie uns berichten, so ist die Handlungsweise der Genossen nur zu verurtheilen. Wir empfehlen Ihnen aber, die Angelegenheit dem Vertrauensmann zu unterbreiten, der Ihnen, wenn Sie im Recht sind, gewiß die nötige Unterstützung angedeihen läßt.

**Entree 30 Pfennig.**  
Etablissement an Vereine, Gesell-  
schaften zu vergeben.

# Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 12. Mai 1895:

**Ausflug nach Johannisthal.** Abfahrt vom Bahnhof Friedrichstraße, morgens 8,09; Schleifischer Bahnhof 8,21; Sörbiger Bahnhof 8,35. Treffpunkt für Nachzügler bei Senfleben in Johannisthal. 63/8  
Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich zu betheiligen. Freunde willkommen.  
**Der Vorstand.**

**Donnerstag, abends von 8 1/2 - 10 1/2 Uhr, Waldemarstraße 14:**  
**Naturgeschichte:** Der Darwinismus und seine Bedeutung für die moderne Weltanschauung.  
Arbeiter und Arbeiterinnen veranlagt diesen Kursus nicht und erscheint zahlreich.  
**Der Vorstand.**

**Fachverein der Tapezierer**  
für Berlin und Umgegend.  
Heute, Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreasstraße Nr. 26:

**Große Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über „Klassenkämpfe“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
Wir richten an die Kollegen, die im „Osten“ wohnen, die Mahnung, der Versammlung nicht fern zu bleiben.  
Ausgabe des „Korrespondenzblattes“.  
232/15  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.

**Vertrauensmänner-Versammlung:**  
Osten und Nordosten. Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreasstraße 26.  
Tagesordnung: Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Werkstätten.  
Die Kollegen werden ersucht, diese Versammlung recht zahlreich durch Vertrauensleute zu beschicken.  
240/15

**Achtung!**  
**Maurer und Puker.**  
Sonntag, den 12. Mai, vormitt. 10 1/2 Uhr,  
im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung der Delegierten vom 9. deutschen Maurerkongress. 189/20  
2. Gewerkschaftliches.  
NB. Pflicht jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Vertrauensmänner.  
Aug. Vogel. Carl Panser.

**Achtung!**  
**Große öffentliche Versammlung der Brettschneider**  
Berlins und Umgegend  
Sonntag, den 12. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Wilko, Andreasstraße 26.  
Referent: Genosse Häther.  
124/20  
**Der Einberufener.**

**Zentral-Verband deutscher Brauer**  
und verwandter Berufsgenossen.  
Sonntag, den 11. Mai 1895, in den „Arminhallen“,  
Kommandantenstraße 20:

**Großer Kommerz**  
zu Ehren der Delegierten zum neunten Verbandstage,  
bestehend in  
**Vokal- und Instrumental-Concert,**  
ausgeführt von Berufsmusikern unter Mitwirkung des **Gesangvereins**  
**Gerstenähre (Brauer)** (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).  
Vorträge ernst und heiteren Inhalts.  
Um 10 Uhr: **Festrede** des Reichstags-Abgeordneten **Legien.**  
Ansprache  
des Generalsekretärs der Brauer-Union von Nordamerika Genossen **Kurzenknebe.**  
Nachdem: **Ball.** Anfang 8 Uhr.  
Der Ueberschuss fällt den noch nicht in Arbeit gebrachten ausgesperrten  
Brauerei-Arbeitern zu.  
Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Das Festkomitee.**  
Billets à 30 Pf. sind dort wo Plakate aushängen zu haben.

**Achtung!**  
**Rixdorf.**  
Sonntag, den 11. Mai 1895, in den **Viktoria-Sälen.**  
Hermannstraße 45:

**5. Stiftungsfest**

der  
„Freien Gemeinde“ für Rixdorf u. Umg.

Bestehend in:  
**Vocal- und Instrumental-Concert und Theater-Aufführung.**  
Zur Aufführung gelangt:  
**Verschiedene Weltanschauungen.**  
Soziales Bild in 1 Aufzuge von Heinrich Friedrich.

**Festrede,** gehalten von Herrn **Waldek Manasse.**  
Die Musik wird von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker ausgeführt, unter gütiger Mitwirkung des Doppel-Quartetts Ost und der Duettfängerinnen **Geschwister Kola.** 122/4  
Nach der Vorstellung: **Ball.** Anfang 8 Uhr.  
Programm à 20 Pf. sind bei den Mitgliedern und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.  
**Das Komitee.**

**Restaurant Sansjoui, Schmargendorf**  
Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.

**Vorzügliche Speisen und Getränke zu günstigen Preisen; große Kaffee- kuche, 2 gute Regelbahnen, Volkshelmskungen aller Art.**  
400 Personen fassender Parquettsaal zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Jeden Mittwoch **Großer Ball,** (Mitgl. d. Tanzlehrervereins „Solidarität“).  
Um regen Besuch bittet **Alfred Malitz** (früher Berlin, Lindenstraße 37).

**Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz.**  
Handschuhe von 13 Pf. an. Glacé-Damen-Handschuhe von 1,08 an. Socken von 19 Pf. an. Damenstrümpfe von 19 Pf. an.

## Achtung, Gewerkschaften!

Große Räume stehen den geehrten Gewerkschaften (passend zur Zentralherberge) zur Verfügung.

**E. Siegemund,**  
Berlin, O. Alexanderstr. 11.  
Auch werden Zahlstellen gerne angenommen. 23412\*

**Eispinden, Primal- und**  
sowie Milchgeschäfts-Utensilien.  
**Jordan, Kleine Markusstr. 28.**

**Achtung!**  
Zahnerlag, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark, Gudel, Lanfiter Platz 2, Elfastr. 12.

## Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderpinden 30, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matrassen 18, Aufbaum-Kleiderpinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelpinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

In der Mäntelfabrik  
**Andreas-Hof**  
Andreasstraße 82  
Hof Eingang 5  
werden die von der  
**Engros-Saison**  
übrig gebliebenen  
**Mäntel**  
**Umhänge**  
**Kragen,**  
die verschiedenartigsten  
**Besatzstoffe und**  
**Mäntelstoffe,**  
**Plüsch** 33/18  
**im Einzelnen zu sehr**  
**billigen Preisen abgegeben.**

## Linoleum

von **Niddorfer Linoleum-Fabrik**  
der  
habe ich wiederum von der Magdeb. Feuer-Vers.-Ges. erstanden und wird dasselbe: **Läufer, Treppenuplatten, Stöck- waars** bedruckt u. glatt zu enorm billigen Preisen abgegeben. Verkaufsstelle: Ost- bahnhof, Personenhalle, Raum 6, Ein- gang Rüdorsdorferstrasse.  
**J. Weiss, Partiewaaren-Handlung,**  
Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 17.

## Ein grosser Posten

## Steppdecken

**echt Wollatlas (reine Wolle)**  
Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige

## Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenflecken,  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Grösse 150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger  
Meine illustrierte Preisliste über  
hochfeine Stepp- und Schlafdecken  
gratis und franko.

Steppdecken-  
Fabrik **Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

## Möbel-

## Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-  
speicher, 17212\*

**Rosenthaler-Strasse 13, 1.**  
Dasselbst stehen täglich zum Verkauf:  
neue gediegene Möbel zu aussergewöhn-  
lich billigen Preisen, gebrauchte und  
verließen gewesene Möbel zu wahr-  
haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-  
stattet. Kleiderchränke 15, Küchen-  
pinden, Kommoden 12, Sophas 15,  
Bettstellen mit Matrassen 18 Mark,  
Aufbaum-Kleiderchränke, Vertikows 30,  
Stühle 3, Muschelpinden 40, Tru-  
meaus 65, Paneelsophas 75, Plüsch-  
garnituren 80 Mark. Herren-Schreib-  
tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kon-  
fessionstische, Spiegel, alles staunend billig.  
Gekaufte Möbel können auf meinem  
Lager bis April kostenfrei  
lagern und werden durch eigene Ge-  
spanne transportiert und aufgestellt.

Jubiläums- 25 Ausgabe.

Sorben erschien die fünfundzwanzigste Auflage von

**August Bebel:**

## Die Frau und der Sozialismus.

Best-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Kolporteurs.

**Billard-Bälle** kauft resp. mirthet man am billigsten bei **Ferd. Diedrich, Dresdenerstr. 109.** (Laden)

## Maitrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5,50.  
**Johannisbeerwein,** herb, Gl. 60 Pf. **Desertwein,** süß, Gl. 75 Pf.  
**Stachelbeerwein,** ganz vorzüglich, Flasche M. 1,—.

## Echt Stonsdorfer Likör,

à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,—.

**Echten alten Nordhäuser Strk. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.**

**Berliner Getreide-Kümmel Strk. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.**

**Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft,** vorzüglich, Strk. 1,30.

**Medizin. Angarwein,** beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.

Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

**Eugen Neumann & Co.,** 6a, Belle-Allianceplatz 6a,  
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 20. **Potsdam, Baisenstr. 27.**

# Vorwärts

ist der beste  
**Bitter.**

**A. Hiller,**  
Berlin W., Göbenstraße 21.

**Zahn-Klinik.** Preise  
event. Theilzahl.  
Fran Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

## Wer

noch will reell und billig kaufen. Durch  
Anlauf auf Auktionen und von  
Konkursmassen bin ich in der Lage,  
jedes Stück billiger zu verkaufen, als  
alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe  
daher:

**Capas** Hochseleg. Herr.-Sommerpal. v. 9,75 M. an  
Damenmantel, Jaquets u.

**Hochseine Herren-Anzüge** „ 3,50 „ „

**Hochseine Herren-Hosen** „ 2,75 „ „

**Leder- u. Arbeit-Hosen** zu 2,55 „ „

**Kleider-Jaquets u. Hosen** v. 4,75 „ „

**Herrn-Jaquets und Westen** in allen  
Größen, Knaben- und Jungen-Anzüge,  
Hüte, Schirme, Stöcke, Wäpche, Stiefel,  
Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver,  
Teichjagds-, Gewehre, Harmonikas,  
Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w.  
zu enorm billigen Preisen!

**Gustav Lucke, Waarenhaus,**  
Berlin,  
131. Oranienstr. 131.

**Unerreicht billig!!!**

## Gardinen

und Stores in weiß und  
crème, engl. Lüll, Schweizer  
und Spachtel

von 1 M. 25 Pf. an.

**Otto Büchler, Berlin C.,**  
**Königstr. 26, Klosterstr.**

## Aufbaum-Möbel

verf. schnellig Kleiderchränke, Wäpche-  
chränke, Spiegel 19, Ausziehtisch,  
Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle  
Köpfe 4,50, Bettgestelle 12, Plüschgarni-  
Schlagregul., Teppiche, Gardinen spott-  
billig Landwehrstr. 5/6, 1. (Nähe  
Alexanderplatz).

**! 1000 (Modell) Damen!**

**Epiken — Seidene — Sammettragen,**  
Capas 7,50—25,00, Jaquet-Kostüme  
10—15,00. Aparte Regenmäntel und  
Sommerjaquets, um zu räumen, 5,00  
bis 15,00, wasserfeste Staubmäntel von  
5,00—15,00. **Randbergstr. 59, 1 Tr.**

**Kinderrwagen** grüßt. Lager,  
auch Theilzahlung, bei  
**Holze, Oranienstr. 3.**

**Gesangverein** Donnerstags zu teilen  
gesucht. **Malmene, Neanderstr. 22.**

**Accumulatoren-Fabrik**  
soll errichtet werden, Bachmann gef.  
Werbung Baugewerbe Bräuerstr. 12.

Die Gen. von SO. bitte bei vorf.  
Schuhmacher-Arbeiten mein Geschäft zu  
berücksichtigen.

**H. Müller, Schleifische Straße 3.**

## Ein Wohnhaus

(neu) mit Nebengebäuden und großem  
Garten, in lebhafter Industriestadt  
der Niederlausitz, mit 4000 Einw.,  
besten Bahnverbindung, beste Lage für  
Einrichtung einer Fleischerei, steht billig  
unter günstigen Bedingungen zum  
Verkauf. Offerten unter U. G. 794 an  
**Hassensstein & Vogler, A.-G., Berlin**  
SW. 19, erbeten. 47/34

**Wichtig für einzelne Leute.**  
Eine schöne helle Vorderwohnung  
(65 Zhr.) u. 1. Juli bei H. o. ch, Dres-  
denerstr. 88, Hof 2 Tr. 1015b

Möbl. Schlafst. f. zwei Herrn sofort  
zu verm. Oranienstr. 187, Querg. 2 Tr.  
bei Jura d. 1011b

## Arbeitsmarkt.

## Möbelpolirer!

Die Kollegen vom Hoflieferanten  
**C. Prachtel, Krausenstraße 31,** und  
**F. Müller, Krausenstr. 37,** sind wegen  
des 1. Mai gemahregelt. Es wird ge-  
beten, den Bezug fernzuhalten.  
208/12 **Die Fachkommission.**

Maschinen-Schleiferin bei erhöhtem  
Lohn dauernd verlangt Webber,  
Prinzenstr. 38. 1008b

## Lehrmädchen

auf Damenschneiderei sof. auch unent-  
geltlich Oranienstr. 63, vorn 3 Tr. r.

**Zigarrenmacher,** der Formen hat,  
(Ganearbeiter), findet Beschäftigung.  
Offerten unter J. 384 an **Hüttner's**  
**Annoncen-Bureau, Rosenthalerstr. 42.**

Ein **Steinmetz,** d. auch Schrift hauen  
kann, verl. **Nicolai, Müllerstr. 144.**

**Echtlige Buchstaben-Schleifer,** die  
mit Kraken Bescheid wissen. Adressen  
sub B. 12. 1018b

**Färbigwacher** verl. Waldemarstr. 15.

Für die hiesigen Leser liegt  
der heutigen Nummer unseres  
Blattes die gebrügte Gewinnliste  
der preuß. Lotterie bei.